Nr. 241 ♦ 40. Jahrgang
Ausgabe A Nr. 119

Morgenausgabe

200 Mark

Bezugspreis:
Für den Monat Mai 5800 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Memelgebiet sowie Oesterreich und Luxemburg 7800 M., für das übrige Ausland 9900 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Oesterreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk und Zeit", der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt" und der Beilage „Siedlung und Kleingarten" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts
Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Nonpareillezeile kostet 1500 M. Reklamezeile 7500 M. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 500 M. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 250 M. Stellengesuche das erste Wort 250 M., jedes weitere Wort 200 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 550 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4½ Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: Dönhoff 292—295 Verlag: Dönhoff 2506—2507

Sonnabend, den 26. Mai 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postscheckkonto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion der Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstraße 3

Schließt die Reihen!

Der Ausklang des Hamburger Weltkongresses.

Hamburg, 25. Mai.

Es war für diejenigen, die dem Schluß der Donnerstag-Sitzung beigewohnt hatten, eigentlich selbstverständlich, daß mit der Rede Léon Blums und den daran anschließenden Szenen brüderlicher Begeisterung der Internationale Kongreß seinen Höhepunkt erreicht haben würde. Dennoch sollte die heutige Schlußsitzung einen des Vorangegangenen durchaus würdigen Verlauf nehmen.

Es wurden zunächst noch zwei Spezialreferate zu dem Punkt 2 (Kampf gegen die Reaktion) entgegengenommen, über den Bauer und Abramowitsch am Dienstag referiert hatten. Zunächst sprach Kunfi als ungarischer Emigrant, der die weiße Schreckensherrschaft in Horthy-Ungarn geißelte und den deutschösterreichischen Genossen für die den geflüchteten ungarischen Sozialisten gewährte Gastfreundschaft besonders dankte.

Nach ihm hielt Wels eine kurze Rede, in der zunächst die Ausführungen Bauers dahin ergänzt wurden, daß in Deutschland die Reaktion nicht nur in den Demütigungen durch den französischen Militarismus, sondern auch in den kommunistischen Taten und Worten die kräftigste Nahrung findet. Ebenso wie Blum tags zuvor die Sorgen und Stimmungen der breiten Massen Frankreichs vorzüglich geschildert hatte, so gab nunmehr Wels ein erschütterndes Bild der durch äußere und innere Feinde ewig gehetzten jungen deutschen Republik, die keinen frohen Tag bisher erleben konnte. Er schloß diese mit starker Leidenschaft vorgetragenen Ausführungen mit dem im Namen der deutschen sozialistischen Arbeiterklasse abgelegten Gelöbnis, für die Erhaltung der Republik und gegen die Reaktion gemeinsam mit allen übrigen Parteien der Internationale weiterzukämpfen.

Bei diesen aufrüttelnden, lebhaft begrüßten Worten war die Müdigkeit des Kongresses gebannt. Er hörte mit lebhafter Sympathie den Bericht der Kommission zur Bekämpfung der Reaktion, den der mutige Herausgeber der Londoner J.L.P.-Zeitschrift „New Leader", Genosse Brailsford, erstattete; er fand warm empfundene Worte für die bedrohte deutsche Republik.

Die Abstimmung über die Resolution zu diesem Punkte ergab volle Einstimmigkeit über den ersten wichtigsten Teil, während bei dem zweiten, der sich speziell mit Sowjetrußland befaßt, eine Minderheit sich der Stimme enthielt unter Führung der gesamten englischen Delegation, die sich wegen der augenblicklichen englisch-russischen Spannung eine besondere Zurückhaltung gegenüber den Bolschewisten auferlegen zu müssen glaubte.

Ehe nun die Abstimmung über die von Huysmans eingebrachte Resolution zum ersten Punkt (die imperialistischen Friedensverträge) vorgenommen wurden, kam noch der letzte der vier vorgesehenen Referenten, Vandervelde, zu Wort.

Die Rede des belgischen Parteiführers zeichnete sich durch großen rednerischen Schwung aus und war an witzigen Einfällen reich. Ueber Vergangenes, wovon er sprach, mag man verschiedener Meinung sein. Ueber die Gegenwart zeigte man sich einig, da einmal die Resolution, die u. a. den schärfsten Protest gegen Versailles wie gegen die Ruhrbesetzung und eine Solidaritätserklärung mit dem Widerstand leistenden Ruhrproletariat enthält, unter lebhaftem Beifall einstimmig angenommen wurde.

Dann sprach Genosse Wels an Stelle des leider erkrankten Henderson ein Schlußwort des Triumphes über die wiederhergestellte Einigkeit. Stehend brach die Versammlung in ein dreifaches Hoch auf die Internationale aus, deren Kampfklänge machtvoll erdröhnten. Und auch nach dem Schlußglockenzeichen erlebte man noch etwas Ergreifendes: Zunächst stimmte die vielköpfige dänische Delegation die sozialistische Hymne ihres Landes an, dann folgten die deutschösterreichischen und deutschböhmischen Genossen mit ihrem „Lied der Arbeit", und schließlich ertönte aus allen deutschen Kehlen der Sozialistenmarsch.

Die Sozialistenreihen waren auch international geschlossen.

•

Es bleibt noch übrig, auf die Donnerstagssitzung, die den unzweifelhaften Höhepunkt des Kongresses bildet, einen raschen Rückblick zu werfen.

Die beiden Kommissionen hatten die Aufgabe, die Resolutionen fertigzustellen zu den Punkten 1 und 2 der Tagesordnung des Kongresses, um sie dem Plenum vorzulegen, und setzte diese langwierige Aufgabe auch am Abend fort. Andererseits faßte die Exekutive gleich in ihrer konstituierenden Sitzung wichtige Entscheidungen bezüglich des Sitzes und der Zusammensetzung der Internationale. Einstimmig wurde London als Sitz der neuen Internationale bestimmt und ebenso einstimmig wurden die beiden Sekretäre der zwei bisherigen sozialistischen Internationalen, Tom Shaw und Friedrich Adler, als gleichberechtigte Sekretäre der neuen vereinigten Internationale gewählt.

Als am Nachmittag bei Beginn der Plenarsitzung der Vorsitzende Vandervelde von diesen Beschlüssen Kenntnis gab, begrüßte der Kongreß mit stürmischem Beifall diese neue Besiegelung der internationalen sozialistischen Vereinigung. Unmittelbar anschließend an diese Mitteilung wurden drei der vier Referate zum ersten Punkt der Tagesordnung abgehalten, der die imperialistischen Friedensverträge und die Aufgaben der Arbeiterklasse betrifft.

Als erster Redner sprach zu diesem Thema in Vertretung des ursprünglich vorgesehenen in England zurückgehaltenen Ramsay Macdonald, der Vorsitzende der Fabier-Gesellschaft Genosse Sydney Webb. In echt englischer Kürze und Nüchternheit beschränkte sich Webb auf einige wenige Ausführungen allgemeiner Art, indem er den Imperialismus der großen und kleinen Siegermächte als Ursache der fortgesetzten Zerstörung der Weltwirtschaft und der Bedrohung des Friedens brandmarkte, sich gegen die Gewaltpolitik wandte und für die Revision der Friedensverträge aussprach.

Nach ihm hielt Genosse Hilferding ein großangelegtes Referat, in dem er die Ursachen der katastrophalen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt einer meisterhaften Prüfung unterzog, die trotz ihres eminent wissenschaftlichen Charakters bis zuletzt mit der größten Spannung angehört und mit stärkstem Beifall aufgenommen wurde, da er an der Hand von Tatsachen und Ziffern die verbrecherische Unfähigkeit des Kapitalismus enthüllte, den Krieg zu liquidieren, und die Aufgaben der neuen sozialistischen Internationale demgegenüber stellte.

Es heißt aber keineswegs, die Verdienste Hilferdings und den Wert seines Referates verkleinern, wenn gesagt wird, daß die folgende Rede des Genossen Léon Blum das eigentliche Erlebnis in dem bisherigen Verlauf des Kongresses darstellt. In kaum zu überbietender Meisterhaftigkeit der Form und des Inhalts, geistvoll, klar und überzeugend, schilderte Blum die psychologische und geschichtliche Entstehung der Fehler und Sünden der Friedensverträge von 1919. Mit bemerkenswerter Tapferkeit wandte er sich gegen die Gewaltpolitik der Regierung seines eigenen Landes, zugleich wußte er mit unvergleichlicher Ueberzeugungskraft und taktvollster Offenheit die Stimmungen und Sorgen der französischen Volksmassen gegenüber dem Reparationsproblem und der Sicherheitsfrage zu schildern. Dank der ausgezeichneten deutschen Uebersetzung Grumbachs ging den deutschsprachigen Delegations- und Tribünenzuhörern nur wenig von dieser erstklassigen rhetorischen Leistung und politischen Tat verloren. Immer neue Beifallsstürme brachen aus, die sich am Schluß zu einer wahrhaften Ovation gestalteten.

In diesem Augenblick, gegen 8 Uhr abends, sollte diese kaum zu überbietende Begeisterung dennoch eine gewaltige Steigerung erfahren, als nämlich Genosse Crispien als Vorsitzender im Namen des Kongresses und insbesondere der Deutschen dem Genossen Blum zu diesem mutigen, vorbildlichen internationalistischen Bekenntnis dankte. In einem glücklichen Einfall warf Crispien in diesem Zusammenhang den Namen Jaurès in den Saal und ließ die Erinnerungen an erhebende Stunden der Vorkriegsinternationale wachrufen. Im ganzen Saale waren die Genossen aller Länder aufgestanden, und fieberhafte Hände klatschten Beifallsstürme. Jetzt nahm der andere Vorsitzende des Tages, Genosse Vandervelde, den Namen des großen Toten auf, ließ auch den sozialistischen Opfern der deutschen Reaktion eine Huldigung zuteil werden und schloß nach einem Hinweis auf das Erhebende der Stunde mit einem Hoch auf die Internationale, in das tausend Menschen im Saal, auf dem Podium und den Galerien begeistert einstimmten.

In tiefer Erregung ging der Kongreß auseinander, wobei einer der besten französischen Sozialisten, der Genosse Paul Faure, dem „Vorwärts"-Berichterstatter gegenüber die Gefühle aller mit einem treffenden Wort kennzeichnete: „Die Internationale hat ihre Seele wiedergefunden."

•

Hamburg, 25. Mai.

Nach der Rede Otto Wels' teilt

Brailsford-England

als Berichterstatter der ersten Kommission mit, daß diese zwei Resolutionen vorlegen wird, von denen die eine, zur internationalen Reaktion, einstimmig, die andere über die russische Frage nicht angenommen wurde. Fortfahrend, erklärte er: Seit dem Kriege hat die Reaktion manche neue Formen angenommen, die wir scharf beobachten müssen. Die Menschen haben im Kriege morden gelernt. Aus dieser Erfahrung ist eine

Neigung zur Gewalt

entstanden, die sich heute in ganz Europa zeigt. Die heutige Reaktion zeigt sich einmal innerhalb der nationalen Schranken, wie in Italien und in Ungarn, oder sie greift über die nationalen Grenzen hinaus. Wir sind einig darin, daß es unsere Pflicht ist, mit allen Mitteln unseren italienischen und ungarischen Genossen zu helfen. Es liegt nicht in unserer Macht, mit Gewalt die Reaktion in diesen Ländern zu bekämpfen, aber wir halten es für eine wirksamere Waffe, den vereinigten moralischen Druck durch Beeinflussung der öffentlichen Meinung auszuüben. Mussolini und die Reaktionäre in Ungarn wissen diese Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Auslande wirksam zu handhaben. Daraus müssen wir lernen, uns derselben Machtmittel zu bedienen, um das Gewissen der Welt gegen die Reaktion zu mobilisieren. Was die andere Art der Reaktion betrifft, die mit diplomatischen, militärischen und anderen Mitteln über die Grenzen hinausgreift, führt uns auf das deutsche und russische Problem. Wir wissen, daß es die Diplomatie der Entente gewesen ist, die die sozialistischen Keime der deutschen Republik nicht zur Entwicklung hat kommen lassen. Wir sind also gewillt zusammenzuwirken, um der Entwicklung der deutschen Republik möglichst freie Bahn zu schaffen. (Bravo!) Auch die internationale Ausnutzung der Finanzkraft ist ein starkes Mittel der Reaktion. Die finanziell abhängigen Staaten werden so zu Werkzeugen der großen finanzkräftigen Staaten. Hilferding hat mit großer Meisterschaft die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufgezeigt. Es muß unsere Aufgabe sein, immer weitere Kreise über diese Dinge zu informieren. Bei der russischen Gefahr haben wir es, wie die neuesten Ereignisse zeigen, noch mit der

alten Rivalität zwischen England und Rußland

zu tun. Wir müssen hier vor allem fordern die de jure-Anerkennung der Sowjetrepublik. Die Ausartung des Sowjetregimes ist die Wirkung der Politik des kapitalistischen Regimes des Westens. (Bravo!) Wir appellieren in dem Kampfe gegen alle Arten der Reaktion an die Internationale. Der Reaktion kann nur entgegengetreten werden mit den Methoden der Arbeit und des Kampfes. (Lebhafter Beifall.)

Es entspinnt sich dann eine Geschäftsordnungsdebatte wegen der Art der Abstimmung über die von der ersten Kommission vorgelegten Resolutionen. Modigliani (Italien) beantragt Einzelabstimmung. Der Kongreß beschließt, die Abstimmung en bloc vorzunehmen.

Darauf spricht zum Punkt 1 der Tagesordnung als letzter

Referent Vandervelde-Belgien.

Ich kann die Ausführungen von Hilferding und Webb unterschreiben, möchte aber diese erste Gelegenheit, nach dem Kriege vor einem internationalen Kongreß zu sprechen, benutzen, um darzulegen, worin die Besonderheiten der belgischen Partei bestehen. Mir selbst wird vorgeworfen, daß

meine Unterschrift unter dem Versailler Vertrag

steht. Diese brutale Tatsache ist wahr. Wenn mich dabei etwas tröstet, so die Tatsache, daß ich nicht der einzige Sozialist bin, der ihn unterschrieben hat, sondern daß auch der Name Hermann Müller darunter steht. (Modigliani: Das ist etwas ganz anderes!) Im übrigen ist meine Unterschrift erfolgt im Einverständnis mit der gesamten belgischen Partei. Wir mußten diese Unterschrift leisten, denn sie bedeutete für uns die Befreiung unseres Landes von der fremden militärischen Besetzung und die Festlegung unseres Anspruches auf Reparationen. Außerdem haben wir verschiedene Reserven bei diesem Vertrag gemacht. Mit Freude habe ich gelesen, daß Eduard Bernstein in der „Glocke" schrieb, das deutsche Volk habe es zu bedauern, daß im Januar 1923 keine Sozialisten mehr in der belgischen Regierung saßen. In der Tat haben wir belgischen Genossen von vornherein gegen die Ruhrbesetzung protestiert. (Bravo!) Wir taten das aus der Ueberzeugung, daß die Welle des Hasses zwischen den Nationen durch diese gewaltsame Besetzung nur immer größer werden könne. Das haben wir selbst in Hamburg während des Kongresses am eigenen Leibe erlebt. Wir wurden aufgefordert, ein Lokal zu verlassen mit der Begründung: „So wenig dürfen hier Belgier und Franzosen ein Lokal betreten, wie man Hunde in einen Salon läßt!" (Lebh. Pfuirufe). Wir haben dagegen keinerlei Geste gemacht; denn wir haben nicht vergessen, daß solche Fälle leider auch vorkamen in Lille und Brüssel, als unser Freund Hilferding zu uns kam, um für die Versöhnung der Völker zu reden. Wir haben empfunden, daß, wenn der Haß etwas Nationales ist, der Stumpfsinn international ist. (Lebh. Zustimmung).

In der Reparationsfrage fehlt es noch heute an jedem System. Die Regierungen setzen sich zusammen aus Bankenchefs. (Heiterkeit). Aber die einen, die glauben, mit Gewalt alles regeln zu können, erweisen sich ebenso ohnmächtig wie die anderen, die als geriebene Geschäftsleute empfohlen wurden. Wir Belgier wissen am besten, wie ein Volk unter fremder Besatzung zu leiden hat. Wir haben deshalb gesagt: Solches darf sich niemals wiederholen (Bravo!) und haben deshalb gegen die Ruhrbesetzung protestiert. Gestern haben wir, als Blum und nach ihm Crispien sprach, hier unvergeßliche Augenblicke erlebt; dieses Erlebnis bewies uns, daß

in uns allen eine gemeinsame Kampfesflamme lodert.

(Bravo!) Das vor Jahrzehnten geknüpfte Band zwischen den internationalen Proletariern ist jetzt durch nichts mehr zu zerreißen. Der

imperialistische Friede ist nichts als ein in sich erstarrter Kriegszustand. Ihm stellen wir unsere Macht gegenüber. Vor der Geschichte wird der Kapitalismus ewig verdammt sein, weil er in gewissen Zeiträumen die Völker in den Krieg führt. Der Sozialismus wird vor der Geschichte eines Tages als die einzige Macht dastehen, die imstande war, aus dem Frieden Wirklichkeit und Wahrheit zu machen. Ich schließe mich den Worten eines großen Franzosen an: Das Proletariat wird der Welt den Frieden diktieren. (Lebhafter Beifall).

Auf Vorschlag des Bureaus wird der vorher gefaßte Beschluß, über die Resolutionen en bloc abzustimmen, aufgehoben. Es wird getrennt abgestimmt, und zwar nach Nationen. Die Resolution, die sich gegen die internationale Reaktion wendet, wird einstimmig angenommen. Die Resolution über die russischen Verhältnisse nach einer von der Subkommission vorgeschlagenen Aenderung mit 196 gegen 2 Stimmen bei 39 Stimmenthaltungen der englischen Delegation. (Wir werden die Resolutionen später veröffentlichen.) Die Resolution zu Punkt 1 wird einstimmig angenommen.

Adler-Wien teilt mit, daß in

die Geschäftskommission

gewählt sind: Thomas, Henderson, Macdonald, Gosling (als Kassierer), und Allen, Wallhead, Webb. — Außerdem hat die Exekutive ein Bureau aus neun Mitgliedern gewählt, und zwar: Bracke, (Frankreich), Vandervelde (Belgien), Troelstra (Holland), Branting (Schweden), Bauer (Oesterreich), Abramowitsch (Rußland), Wels (Deutschland), Modigliani (Italien) und Henderson (England).

Das Bureau soll in dringenden Fällen zusammentreten. Um auch kleineren Nationen Gelegenheit zu geben, ihre besonderen Aufgaben zu erfüllen, soll es der Geschäftskommission bzw. dem Bureau freistehen, andere Ländervertreter mit beratender Stimme hinzuzuziehen. Es sollen jedesmal zwei Vertreter anderer Länder, je nach den Gegenständen der Tagesordnung, mit beratender Stimme eingeladen werden.

Dann wählte der Kongreß noch eine Kommission zur Prüfung des Konflikts zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der Tschechoslowakei. Die Konstituierung dieser Kommission war — wie Adler erklärte — der erste Fall, wo sich diese Parteien einigen konnten. (Bravo! Heiterkeit.) Die tschechischen und die deutschen Genossen der Tschechoslowakei sollen das Recht haben, je einen Genossen aus der Internationale in diese Kommission zu entsenden. Außerdem sollen als Genossen, die mit den Verhältnissen in Nationalitätenstaaten besonders vertraut sind, in die Kommission entsandt werden: Hunsmans (Belgien), Grimm (Schweiz) und Buxton (England). Weiter soll an den Internationalen Gewerkschaftsbund die Einladung gerichtet werden, sich durch zwei oder drei Vertreter an dieser Kommission zu beteiligen. Rußland soll im Bureau der Internationale einstweilen durch Abramowitsch vertreten sein, bis es der Exekutive gelingt, eine einheitliche Delegation aus Rußland zu schaffen.

Wels' Schlußrede.

Vorsitzender **Wels** (Deutschland): Damit sind wir am Schlusse des Kongresses. Der Präsident des Kongresses, Genosse Henderson, ist leider erkrankt, und das Organisationskomitee hat mich beauftragt, an seiner Stelle die Schlußrede zu halten. Genosse Henderson gehört zu denen, die unmittelbar nach dem Kriege die Internationalen nach Bern wieder zusammenberiefen und seitdem unausgesetzt daran gearbeitet haben, das Werk zu errichten, das wir in diesen Tagen zu einem gewissen Abschluß gebracht haben. Wir alle sehen in Henderson den Führer des englischen Proletariats, der es zuwege brachte, daß die englische Arbeiterpartei in Abkehr von dem dort durch jahrhundertelange Uebung üblich gewordenen Zweiparteiensystem zur selbständigen Bildung einer Fraktion im Parlament übergegangen ist und damit in gewissem Sinne eine revolutionäre Tat in England vollbracht hat. (Bravo!) Ich danke ihm und allen, die für die Internationale gearbeitet haben. Dann schulden wir auch den Hamburger Genossen für die mühevolle, aufopfernde Arbeit in dieser Woche Dank. (Bravo!) Vandervelde erwähnte, daß es den belgischen und französischen Genossen nicht erspart geblieben ist, von chauvinistischen Elementen angepöbelt zu werden. Er selbst hat die richtige Antwort gefunden: Pöbel gibt es in allen Ländern. (Sehr wahr!) Es ist die Aufgabe der Sozialisten und aller gesitteten Menschen, dafür zu sorgen, daß der Geist eines wahren Weltbürgertums allen Haß gegen Nationen und gegen Klassen aus der Welt verschwinden macht. (Bravo!) Wir haben in diesen Tagen eine Arbeit geleistet, die nicht allein in den Plenarsitzungen ihren Ausdruck fand. In harter Tages- und Nachtarbeit sind die Kommissionen tätig gewesen. Ich hebe als

schönstes Symbol des Einigungswillens,

der alle Teilnehmer dieses Kongresses beseelt, hervor, daß sie den Opfermut und den Opferwillen aufgebracht haben, um sich einzufügen in die große internationale Familie des Sozialismus und so manchen Herzenswunsch bei der Ausarbeitung der Resolutionen zurückzustellen. Schon eingangs des Kongresses habe ich gesagt, daß noch Meinungsverschiedenheiten unter uns vorhanden sind. Aber sie sind dazu da, um überwunden zu werden. Ich habe die Ueberzeugung: Nach diesem Siege, den wir über uns selbst errungen haben, wird der Gedanke der internationalen Einigung Erschütterungen nicht mehr erleiden bei all denen, die in der Unterordnung eines Minderheitswillens unter den Willen der Mehrheit die Garantie für den Aufbau der Zukunft erblicken. Wir gehen von hier in den Kampf, um den internationalen Sieg zu erringen und das Gebäude des Sozialismus zu errichten, in dem Friede, Freiheit und Brot für alle sein werden. Im Sinne dieser Losung bitte ich mit mir einzustimmen in den Ruf:

Es lebe die Internationale, es lebe der völkerbefreiende Sozialismus!

Der Kongreß und die Zuhörer erheben sich und stimmen begeistert in das Hoch ein und singen gemeinsam die Internationale. Erneute Hochrufe auf den internationalen Sozialismus wurden übertönt von den Kampfliedern einzelner Delegationen in ihrer Sprache. Die Deutschen schlossen die gewaltige Kundgebung ab mit dem Gesang des Sozialistenmarsches und seinem verheißungsvollen Ruf: „Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!" — Schluß 3½ Uhr.

*

Wir behalten uns vor, die umfangreichen Entschließungen des Kongresses noch zu veröffentlichen; heute beschränken wir uns darauf, die markanteste Stelle aus der

Entschließung über die Wiedergutmachung

abzudrucken. Sie lautet:

Der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bleibt eine der wesentlichsten Bedingungen für die materielle und moralische Befriedung Europas. Es ist unbestritten, daß die Lasten des Wiederaufbaues von Deutschland getragen werden müssen. Aber die tatsächliche Durchführung der Reparationen ist in erster Linie begrenzt durch die wirtschaftlichen Möglichkeiten und kann andererseits nur vorgenommen werden, wenn ein vollständiges, aufrichtiges Uebereinkommen zwischen Deutschland und seinen Gläubigern erfolgt, und wenn zugleich der Verzicht auf die Methoden der Gewalt und der Gebietsbesetzungen die Wiederherstellung normaler vertrauensvoller Beziehungen unter allen Nationen ermöglicht, und der Welt die Gewißheit einer langen Periode des Friedens bringt. Deshalb fordert der Kongreß

1. die endgültige Festsetzung der von Deutschland noch geschuldeten Summe auf einen Betrag, der in seinem Gegenwartswert den wirklichen Betrag der materiellen Reparationen darstellt,
2. die Feststellung eines Zahlungsplanes, der mit Hilfe internationaler Kreditoperationen sobald wie möglich Deutschland von seiner Schuld befreit und alsbald den Gläubigermächten die zu Reparationen notwendigen Summen zur Verfügung stellt,
3. den Abschluß von Uebereinkommen zwischen den alliierten Regierungen, die es ermöglichen, für die eigentlichen Reparationen die Gesamtsumme der erwähnten Zahlungen zu verwenden. Das setzt aber bei den alliierten Mächten und den Vereinigten Staaten von Amerika voraus, Verzicht auf ihre Forderungen an Deutschland, soweit sie die Militärpensionen betreffen, sowie allgemeine Annullierung ihrer gegenseitigen Forderungen und Schulden. Die jüngsten Vorschläge der deutschen Regierung und die Antworten Frankreichs, Belgiens, Englands und Italiens müssen Anlaß zur Eröffnung von Verhandlungen bieten, die zu einem Uebereinkommen führen.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Wiederherstellung der Ruhe.

Die bedauerlichen Ausschreitungen im Ruhrgebiet haben offenbar ihren Höhepunkt überschritten. Es zeigt sich, daß trotz der ungeheuren Schwierigkeiten, die die soziale Not und die besonderen Verhältnisse der Besatzung dort geschaffen die besonderen Verhältnisse der Besetzung dort geschaffen der großen Massen der Arbeiterschaft in verhältnismäßig kurzer Zeit auch ohne staatliche Machtmittel die Unruhen zum Stillstand gebracht hat. Damit werden hoffentlich aus der Berliner Sensationspresse, aus den deutschnationalen Scherl-Blättern und auch aus anderen rechtsstehenden Organen, die sonst Wert darauf legen, politisch ernst genommen zu werden, die unheimlichen, jeden braven Bürger mit Gruseln erfüllenden Ueberschriften über „Kommunistenaufstand", „rote Herrschaft" usw. verschwinden. Die beschwingte Phantasie der Kriegsberichterstatter und die Tendenzmeldungen gewisser Korrespondenzen erklären sich offensichtlich gleichermaßen aus politischen wie aus Sensationsbedürfnissen. In Wirklichkeit handelt es sich nicht um einen Kommunistenaufstand, sondern um eine Explosion, die nur möglich war, weil eine ganze Reihe von Umständen zusammenkamen. Daß das Ruhrgebiet von Sicherheitspolizei entblößt ist, ist nicht Schuld der preußischen Regierung, und Angriffe an diese Adresse, sie habe die Staatsautorität nicht genügend gewahrt, müssen an die Franzosen gerichtet werden, die diese Unruhen eingestandenermaßen für ihre Zwecke gebrauchen. Unberechtigt ist auch in ihrem Kern eine Erklärung der preußischen Landtagsfraktion der Deutschen Volkspartei, die sich dagegen wendet, daß die Wiederherstellung der Ordnung einseitig von den Gewerkschaften unter Ausschaltung bürgerlicher Kreise durchgeführt werde. Auch die „Zeit", die diese Erklärung abdruckt, muß wissen, daß es sich um einen Ausnahmefall handelt, bei dem zunächst jede Maßnahme begrüßt werden muß, die wenigstens einigermaßen wieder geordnete Zustände garantiert. Weder die Sozialdemokratie noch die Gewerkschaften, noch auch der preußische Innenminister haben je einen Zweifel daran gelassen, daß nach ihrer Auffassung der Schutz der öffentlichen Ordnung Sache der staatlichen Organe ist. Im unbesetzten Gebiet Preußens dürfte auch kein Fall bekannt sein, wo von dieser Auffassung in der Praxis irgendwie abgewichen wurde. Die Schuld, die auch die Kommunisten durch ihre maßlose Agitation an dem Ausbruch dieser Unruhen haben, verkennen wir keineswegs. Wir glauben aber, daß der bloße Verlauf dieser Bewegung auch dort ernüchternd gewirkt hat, genau so, wie seinerzeit die Erfahrungen mit der Märzaktion die Aktionslust bestimmter Kreise wesentlich gedämpft haben. Der dauernde Hinweis auf die Kommunisten kann nicht davon ablenken, daß ganz andere, den deutschnationalen Blättern viel näher stehende Elemente bei diesen Unruhen eine wesentliche Rolle gespielt haben und daß im übrigen die Hauptwurzel in der schamlosen Auswucherung und in der ebenso unwirtschaftlichen wie unsozialen Lohnpolitik der Regierung und der Industrie zu suchen ist. Hoffentlich wirken die Vorgänge im Ruhrgebiet auf die beteiligten Stellen und auf die in diesen Tagen stattfindenden Lohnverhandlungen so ein, daß wenigstens in etwas die ungeheure Verelendung der breiten Massen durch entsprechende Lohnausgleichungen behoben wird.

* * *

Ruhrrevier, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Als Ergebnis der gestrigen Besprechungen des Oberbürgermeisters von Gelsenkirchen mit den Gewerkschaften wird von diesen eine Polizei auf gewerkschaftlicher Grundlage gebildet. Diese Polizei setzt sich aus je 100 Mitgliedern der Freien und Christlichen Gewerkschaften, 50 Mitgliedern der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaft und 75 Mitgliedern der Union der Hand- und Kopfarbeiter zusammen. Außerdem entsandten die Gewerkschaften 8 Delegierte in das städtische Lebensmittelprüfungsamt. Diese Vereinbarungen haben die Gewerkschaften in einem Aufruf der Bevölkerung bekanntgegeben. Die Ruhe ist wiederhergestellt. Auch in Dortmund ist es ruhig. Gestern nachmittag kam es zu einem Zusammenstoß zwischen einer von Werden kommenden gut bewaffneten Hundertschaft und der Polizei, die die Hundertschaft auseinandertrieb. Auf der Zeche „Ickern" konnten Ansammlungen Aufständischer von der Polizei zerstreut werden. Auf der Zeche „Erwin" gelang es der Polizei nur unter Anwendung von Waffengewalt die Zechenanlagen zu säubern. In Hörde sind gestern eine Reihe von Zechen von jugendlichen Elementen stillgelegt worden. Zu größeren Unruhen ist es nicht gekommen. Es streiken heute sieben Zechen. In Bochum fanden gestern unter Teilnahme auswärtiger Elemente Demonstrationsumzüge statt. Zu Ausschreitungen kam es nicht. Heute morgen sind neu in den Streik getreten die Zechen „Julius Philipp", „Karl Friedrich" und „Prinz-Regent". In Wattenscheid-Stadt erzwangen gestern noch in einer Reihe von Geschäften radaulustige Elemente Preisherabsetzungen, vor allem in Lebensmitteln. Im Amtsbezirk stehen einige Zechen im Streik. In Witten zogen gestern abend im Anschluß an eine Versammlung kommunistische Truppen zum Wittener Gußstahlwerk und erzwangen hier die Stillegung einzelner Teilbetriebe. Heute morgen wurde überall gearbeitet außer an der Zeche „Franziska", deren Belegschaft aus Furcht vor Terror nicht eingefahren ist. Die Gewerkschaften verhandeln untereinander über die Bildung einer sich aus ihren Reihen zusammensetzenden Sicherheitswehr. In Herne wird nicht gestreikt. In Buer kam es gestern abend 10 Uhr zu Demonstrationszügen, die Ruhe wurde jedoch nicht gestört. In Essen ist es ruhig, es wird überall gearbeitet. In Remscheid sind auch die Arbeiter der Mannesmannwerke in den Streik getreten. Im Laufe des heutigen Tages finden Schlichtungsverhandlungen statt. Im Landkreis Hamm ist die Belegschaft der Zeche „Westen" heute morgen nicht angefahren. Mit einer weiteren Ausdehnung des Streiks ist zu rechnen; in Recklinghausen ist es bisher ruhig geblieben.

Gelsenkirchen, 25. Mai. (WTB.) Anläßlich der Vorkommnisse der letzten Tage hat sich im Ruhrgebiet eine steigende Erregung unter der Bevölkerung bemerkbar gemacht. Es ist selbstverständlich, daß die Arbeiterschaft in ihrer übergroßen Mehrheit das Treiben der Unruhestifter auf das entschiedenste mißbilligt. An verschiedenen Stellen sind auch bereits Maßnahmen getroffen worden, um derartigen Ereignissen vorzubeugen und entgegenzuwirken. Trotz solcher Versuche zur Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände ist die Lage nach wie vor ernst. Mit der Beunruhigung der Bevölkerung wächst auch die Erbitterung gegen die französischen Besatzungstruppen. Es wird keineswegs erwartet, daß diese Truppen sich an der Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung beteiligen. Die Bevölkerung ist davon überzeugt, daß die Hauptschuld an den jetzigen Zuständen die Besatzungstruppen trifft, die die staatlichen und kommunalen Polizeiorganisationen zerschlagen haben und die nach wie vor kommunistische Fanatiker und Großstadtgesindel durch ihr Verhalten begünstigen.

Gelsenkirchen, 25. Mai. (WTB.) Die Polizeiexekutive ist heute in Tätigkeit getreten. Sie erließ folgende Bekanntmachung: 1. Alle Bevölkerungskreise werden aufgefordert, sich unbedingt den Anordnungen zu fügen. 2. Der Ausschank von Alkohol wird verboten. 3. Von 10 Uhr abends bis 4 Uhr morgens sind die Straßen für den Verkehr gesperrt. 4. Der Lebensmittelverkauf wird kontingentiert. 5. Gegen Plünderer wird rücksichtslos mit den denkbar schärfsten Strafmaßnahmen vorgegangen werden. Die Regierungsstellen haben sich an General Degoutte gewandt mit dem Ersuchen, für Gelsenkirchen Schutzpolizei zuzulassen. Daraufhin hat der Exekutivausschuß erklärt, er lehne jede Verantwortung für neues Blutvergießen ab, falls nach Gelsenkirchen Schupo gelegt würde.

Um die bayerischen Volksgerichte.

München, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der bayerische deutschnationale Justizminister Gürtner, wendet sich in folgender amtlicher Mitteilung gegen den Beschluß des Amtsgerichts Hamburg betreffend die bayerischen Volksgerichte: Das Amtsgericht Hamburg, das das Ersuchen des bayerischen Volksgerichts um Rechtshilfe zum Anlaß nahm, um bei der Begründung der Ablehnung der Rechtshilfe den Nachweis der rechtlichen Ungültigkeit der Volksgerichte zu versuchen, wird weiter im Kampfe gegen die bayerischen Volksgerichte verharren, obwohl schon darauf hingewiesen wurde, daß die Rechtsgültigkeit der Volksgerichte außer Zweifel (!) steht und auch von der Reichsregierung anerkannt wurde. Die Begründung des Beschlusses des Amtsgerichts Hamburg ist keineswegs durchschlagend. Gegen den Beschluß ist übrigens Beschwerde eingelegt, deren Erfolg unzweifelhaft ist, zumal das Reichsgericht mehrfach Strafsachen, die bei ihm anhängig geworden waren an das zuständige bayerische Volksgericht abgegeben und gegebenenfalls die Rechtsgültigkeit der Volksgerichte anerkannt hat.

Der loyale Knilling.

München, 25. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Zu der gestrigen Meldung über das Verhältnis der bayerischen Regierung zur Reichsregierung erfahren wir heute von zuständiger Seite, daß bei der Konferenz der Ministerpräsidenten in Berlin anläßlich des letzten deutschen Reparationsangebots der bayerische Ministerpräsident allerdings eine Reihe von Einwendungen gegen die Note gemacht hat. Herr v. Knilling vermißte in ihr vor allem eine klare statistische Zusammenfassung, was Deutschland auf Grund des Friedensvertrages an tatsächlichen Leistungen für die Sieger bereits vollbracht hat, dann einen mutigen Protest gegen den Einfall ins Ruhrgebiet und gegen die Art und Weise, wie die Franzosen und Belgier sich dort aufführen und schließlich eine statistische Aufstellung über die Schäden, die das deutsche Volksvermögen durch den Ruhreinbruch erlitten habe, was weiterhin eine verminderte Reparationsfähigkeit Deutschlands zur notwendigen Folge habe. Diese Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten sei aber auf die Note selbst von keiner Bedeutung gewesen. Denn als der Reichskanzler den versammelten Ministerpräsidenten den Wortlaut des Angebots bekannt gab, sei die Note bereits in den Händen der verschiedenen deutschen Botschafter in den alliierten Hauptstädten gewesen. Im übrigen lege die bayerische Regierung Wert auf die Feststellung, daß ihre Kritik an der Note der Reichsregierung keineswegs eine Oppositionsstellung gegenüber dem Kanzler selbst bedeute. Bis heute jedenfalls habe sich nichts an der Tatsache geändert, daß die Regierung Knilling in der äußeren wie in der inneren Politik fest hinter der Regierung Cuno stehe.

Verurteilte Schimpfer.

9 Monate Gefängnis und 100 000 M. Geldstrafe.

Leipzig, 25. Mai. (TU.) In dem Prozeß gegen den Schriftsteller Arthur Hoffmann-Kutschke aus Halle wurde vom Staatsgerichtshof nach mehr als einstündiger Beratung folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird von der Anklage der Verbreitung der Broschüre „Deutschland den Deutschen" freigesprochen, dagegen wird hinsichtlich der Verbreitung der Broschüre „Der Dolchstoß des Judentums" der Angeklagte wegen Vergehens gegen § 7 Absatz 2, in Tateinheit mit § 8 Absatz 2 des Gesetzes zum Schutze der Republik zu 9 Monaten Gefängnis und 100 000 Mark Geldstrafe verurteilt. Im Falle der Nichtbeibringung der Geldstrafe treten an deren Stelle 100 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung wird u. a. ausgeführt: Es konnte nicht festgestellt werden, daß die Broschüre „Deutschland den Deutschen" öffentlich verbreitet worden ist. Auch konnte nicht festgestellt werden, daß der Angeklagte in der Dolchstoß-Broschüre die verfassungsmäßige Regierung selbst verunglimpft oder beschimpft hat. Festgestellt und erwiesen ist aber, daß der Angeklagte in der Dolchstoß-Broschüre den verstorbenen Minister Rathenau und die Reichsfarben beschimpft hat. Es ist als erwiesen anzusehen, daß der Angeklagte alle die Vorwürfe, die er dem Judentum im allgemeinen macht, auch dem Minister Rathenau machte und diesem vorwirft, daß er die Kriegsrohstoffstelle nur deshalb organisiert habe, um das deutsche Volk zu ruinieren und die Juden zur Herrschaft zu bringen. Strafmildernd kommt in Betracht, daß der Angeklagte von der Richtigkeit seiner Beschuldigung überzeugt war, strafverschärfend, daß eine solche Handlungsweise schwere Folgen für den inneren Frieden des deutschen Volkes haben muß.

Brotpreis und Lohn.

Amtlich wird mitgeteilt:

Der Reichsarbeitsminister wird umgehend mit den beteiligten Kreisen über die Auswirkungen der bevorstehenden Brotpreiserhöhung beraten und insbesondere ihre Folgen für den Haushalt der Arbeitnehmer feststellen. Das Ergebnis wird den in Frage kommenden Organisationen und Behörden als Unterlage für die kommenden Lohnverhandlungen mitgeteilt werden. Der Reichsarbeitsminister ist sich bewußt, daß eine so starke Verteuerung des wichtigsten Volksnahrungsmittels nicht zu Lasten der Arbeitnehmer gehen darf, daß die eintretende unmittelbare und mittelbare Belastung vielmehr bei den Lohnverhandlungen, die infolge der gesunkenen Kaufkraft der Löhne ohnehin überall notwendig werden, voll abgegolten werden muß. Der Reichsarbeitsminister hat gleichzeitig mit dieser Veröffentlichung den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden seine Stellungnahme bekannt gegeben und die Schlichtungsbehörden ersucht, dieser Frage ihre besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Ebenso wird die Fürsorge für die Sozialrentner, Kleinrentner, Kriegsbeschädigten, Kriegshinterbliebenen und Erwerbslosen der durch die Brotpreiserhöhung eintretenden Verteuerung der Lebensverhältnisse angepaßt werden. Der Reichsarbeitsminister hat auch die hierfür erforderlichen Maßnahmen bereits eingeleitet. Sie werden beschleunigt zum Abschluß gebracht werden, damit die Berechtigten baldigst in den Bezug der erhöhten Unterstützungen gelangen.

Der dargelegte Standpunkt des Reichsarbeitsministers wird von der gesamten Reichsregierung geteilt.

Die Pariser Ruhrdebatte.

Paris, 25. Mai. (WTB.) Die Kammer setzte heute die Beratung der Kredite für die Ruhrbesetzung fort, nachdem gestern durch den energischen Widerspruch des Abg. André Tardieu auf den Versuch, die Debatte gestern zu beenden, verzichtet worden war. Zunächst ergriff der Abg. Herriot das Wort. Im selben Augenblick betritt Abg. Cachin den Sitzungssaal. Die Kommunisten rufen Amnestie! und begrüßen ihren Führer. Die Royalisten rufen „Nieder mit dem Senat!" Abg. Herriot sagt: Deutschland sei während des Krieges nicht besetzt gewesen und die Alliierten hätten ihm

einen großmütigen Waffenstillstand

zuerkannt. Trotzdem habe es nichts unternommen, um sich von seiner Schuld zu befreien. Es habe die notwendigen Steuern nicht eingenommen, es habe sogar die Steuerhinterziehung ermutigt. (Cachin ruft: „Wie bei uns!") Herriot fährt fort: In dem Augenblick, in dem die Ruhrbesetzung von der Regierung in Aussicht genommen worden sei, hätten mehrere bedeutende Persönlichkeiten die Ansicht geäußert, man solle am Rhein bleiben und gewisse Maßnahmen ergreifen. Die Zollbarriere, die Briand 1921 errichtet, habe befriedigende Ergebnisse gezeitigt. Auf der Pariser Konferenz sei England einer Beschlagnahme von Pfändern keineswegs abgeneigt gewesen. Es handle sich nicht um die Frage, ob die Ruhrbesetzung Einnahmen ergebe, sondern darum, daß das Reparationsproblem gelöst werden müsse. Wenn die Regierung dadurch einen Fehler begangen habe, daß sie das Ruhrgebiet besetzt habe, dann sei dieses Vorgehen in keiner Weise mit den von Deutschland während des Krieges begangenen Verbrechen vergleichbar. Nach den Erklärungen Poincarés in der Finanzkommission habe die Regierung

die Möglichkeit der Räumung nicht nach Maßgabe der Bezahlung

der von Deutschland geforderten Annuitäten ins Auge gefaßt, was der jetzigen Generation gestatten würde, die Räumung als möglich zu betrachten, sondern nach Maßgabe dessen, ob Deutschland sichtbare Zeichen eines guten Willens gebe und sich durch eine internationale Anleihe seiner Verpflichtungen zu entledigen trachte. Er nehme diese Erklärung als eine klare Andeutung mit Freuden auf.

Poincaré unterbricht: Sie geben meine Erklärung nicht genau wieder. Ich erinnere aber daran, daß die französische Regierung sich immer im Rahmen des Geistes und Buchstabens des Vertrages gehalten hat. Wir sind in das Ruhrgebiet auf Grund einer Entscheidung der Reparationskommission einmarschiert und um die Reparationszahlungen sicherzustellen. Unsere Okkupation trägt also den Charakter einer Pfandnahme.

Der nächste Redner ist der elsässische Abg. Oberkirch, der erklärt, man müsse so lange im Ruhrgebiet bleiben, bis der große Konflikt zwischen Frankreich und Deutschland gelöst sei. Wenn Frankreich das nicht wolle, werde es der Besiegte sein, und Deutschland werde den Sieg davontragen.

Abg. Cassaignac-Gayon glaubt nicht daran, daß es zwei verschiedene Deutschland gebe.

Es gebe nur ein Deutschland, dem man kein Vertrauen schenken könne.

(Abg. Marc Sangier ruft: Wenn man fortwährend hiervon spricht, verhindern Sie es tatsächlich, daß zwei verschiedene Deutschland sich herausbilden.) Cassaignac fährt fort: Es gibt vielleicht in Deutschland eine pazifistische Minderheit, die aber sehr schwach ist. Der Redner billigt die Maßnahmen der Regierung und erklärt, die Ruhrbesetzung sei das sicherste Druckmittel. Der elsässische Abg. Broglio erklärt, mit Rosenberg im Ministerium des Aeußern würde man niemals zu einer friedlichen Lösung kommen, denn Rosenberg sei die Seele des schlechten Geistes, der im deutschen Kabinett herrsche.

Nach einer Rede des rechtsstehenden Abg. Sacotti, die den Widerspruch der Radikalen hervorruft, wird die Aussprache über die Ruhrkredite auf kommenden Dienstag vertagt.

Enthaftung und Ausweisung Hölleins?

Paris, 25. Mai. (WTB.) Justizminister Colrat beriet heute vormittag mit Poincaré über die Folgen des gestrigen Beschlusses des Senats. Inzwischen wird beschlossen werden, die noch in Haft befindlichen Kommunisten, also auch den deutschen Reichstagsabg.

Höllein in Freiheit zu setzen.

Nach Havas wird Höllein als deutscher Staatsangehöriger eine besondere polizeiliche Behandlung erfahren. Einige Abendblätter glauben, daß er ausgewiesen werden wird.

Das neue englische Kabinett.

Lord Cecil Geheimsiegelbewahrer.

London, 25. Mai. (WTB.) Reuter. Premierminister Baldwin hat sein Kabinett vervollständigt, das mit dem Bonar Laws fast identisch ist. Baldwin bleibt vorläufig Schatzkanzler. Lord Robert Cecil wird Geheimsiegelbewahrer, Johnson Hicks Finanzsekretär des Schatzamts, und der frühere Sekretär Bonar Laws, Davidson, Kanzler des Herzogtums Lancaster.

Reichsdienst geht vor!

Soll Wiedfeldt zu Krupp zurück?

Seit Tagen laufen Gerüchte, die Firma Krupp habe die Reichsregierung ersucht, den deutschen Botschafter in Amerika, Dr. Wiedfeldt, für die Leitung der Krupp-Werke freizugeben. Wiedfeldt war früher dort Direktor, und die Leiter der Werke sind von den Franzosen gefangengesetzt. Jetzt werden jene Gerüchte von dem schwerindustriell inspirierten TU.-Bureau in folgender Form bestätigt:

„Das Ansuchen der Firma Krupp, den gegenwärtigen deutschen Botschafter in Washington, Dr. Wiedfeldt, für die Leitung der Krupp-Werke freizugeben, wird von der Regierung eingehend geprüft. Man ist innerhalb der Regierung der Auffassung, daß man sich der grundsätzlichen Begründung nicht entziehen kann, daß aber mit Rücksicht auf die allgemeine politische Lage und auf die Schwierigkeit, den gegenwärtigen Botschafter in Washington zu ersetzen, vorerst dem Ansuchen keine Folge geleistet werden kann."

Die Frage, ob Wiedfeldt der geeignete Mann für Washington ist, kann ganz beiseite gelassen werden. Jedenfalls wird er von der Regierung dafür gehalten. Ein Reichsbeamter kann aber für Dienste der Privatwirtschaft, deren Wichtigkeit damit nicht unterschätzt werden soll, nicht abkömmlich sein. Reichsdienst geht unter allen Umständen vor. Es wäre bedauerlich, wenn diese vom staatlichen Standpunkt aus ganz selbstverständliche Auffassung in dem Entscheid der Reichsregierung nicht zum Ausdruck kommen sollte.

Völkerbundstaat oder Franzosenkolonie?

Der Frankenzwangukas jenes französischen Gouverneurs, dem immer noch einige ehrenhafte Vertreter anderer Staaten das Opfer bringen, sich zum Hohn ihrer Machtlosigkeit als „Regierungskommission des Völkerbundes" um ihn herumzustellen, ist nur ein besonders unverschämter Akt in dem Drama der Rechtsbrüche, dessen Ausgang eine Mehrheit für die Annexion durch Frankreich bei der Volksabstimmung zeigen soll. Ein schon längst praktiziertes Mittel ist die Entfremdung der Kinder vom Deutschtum durch wirtschaftliche Erpressung an ihren Eltern, die Kinder in französische Schulen zu schicken. Dazu folgende Meldung:

Saarbrücken, 25. Mai. (Mtb.) In der Hauptversammlung des katholischen Lehrerverbandes wies der Vorsitzende, Landesratsmitglied Rektor Martin, auf eine Aeußerung des französischen Abg. Ferry hin, der nach einer Studienreise ins Saargebiet mit Genugtuung feststellte, daß es die Regierungskommission erreicht habe, daß auch andere Kinder als die des Grubenpersonals die französischen Schulen besuchen. Ferry habe seinen französischen Zuhörern erklärt, sie müßten sich klar sein über den Einfluß, den ein wohldurchdachter französischer Unterricht auf die Jugend des Saargebiets ausüben kann. In 12 Jahren, wenn die Abstimmung stattfindet, würden die Kinder, die jetzt 9 Jahre alt sind, das Alter haben, um an der Abstimmung teilzunehmen. In französischen Schulen ausgebildet, würden sie sich

wahrscheinlich für den Anschluß an Frankreich

aussprechen. Ferry sprach die Hoffnung aus, daß die nötigen Gelder in Zukunft vorhanden sein mögen, um die Schule reichlich zu versorgen, da sie ein ausgezeichnetes Mittel sei, dem französischen Einfluß die Wege zu ebnen. Kein Opfer dürfe gescheut werden, um zum Ziele zu gelangen. Die Schülerzahl dieser französischen Schulen (4000—5000 Kinder) befriedigt den Abgeordneten natürlich nicht, und er beklagt sich darüber, daß die Grubenverwaltung nicht den ganzen

Druck auf das Grubenpersonal

auszuüben scheine, den man hätte ausüben können. Auch der schulentlassenen Jugend will der Abgeordnete größere Aufmerksamkeit zugewandt sehen.

Loucheurs Appell an Deutschland.

Paris, 25. Mai. (EE.) Im American Club von Paris hielt Loucheur gestern eine Rede, in der er erklärte, daß mit einigem guten Willen der Reichsregierung ein Einvernehmen in der Reparationsfrage zustande kommen könnte. Schwieriger wäre die Lösung des Sicherheitenproblems. Frankreichs Sicherheiten lägen am Rhein. Man wolle kein deutsches Gebiet annektieren, um nicht denselben Fehler zu begehen, den Bismarck 1871 machte. Frankreich wünsche Reparationen und Sicherheiten. Wenn die Deutschen guten Willen und Energie hätten, könnte das Reparationsproblem in einem Monat gelöst werden. Aber die Methode in Deutschland müsse geändert werden. Man dürfe in Deutschland nicht immer wieder politische Gruppen antreffen, die einander den Vorwurf machen, daß sie zu große Zugeständnisse machten. Deutschland ruiniere sich, weil es seine Schulden nicht bezahle. Es wäre das Gescheiteste, wenn Deutschland erklärte, Maßnahmen ergreifen zu wollen, um seinen Verbindlichkeiten nachzukommen. Loucheur schloß: Ich erwarte, daß sich in Deutschland endlich ein Mann erhebt, der einsieht, daß die beste Art, für sein Land zu arbeiten, darin besteht, Deutschland in der Welt den moralischen Kredit zu verschaffen, auf den es sicherlich Anspruch hat.

Schluß mit den Maßregelungen!

Noch immer sind die aus dem vorjährigen Streik der Eisenbahner resultierenden Maßregelungen nicht beendet. Noch immer schweben Disziplinarverfahren gegen eine große Anzahl von führenden Vertretern der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner. Und wenn sich auch der Präsident des Reichsgerichts und des Reichsdisziplinarhofes, der frühere Reichsaußenminister Dr. Simons, sehr eindeutig für Einstellung sämtlicher Disziplinarverfahren angesichts der vorbildlichen Haltung der Eisenbahner im Ruhrkampf ausgesprochen hat, so hat die Eisenbahnverwaltung doch ihre eigenen Grundsätze. Wie sie die Dinge behandelt, schildert eine Zuschrift, die uns der zweite Vorsitzende der Reichsgewerkschaft, L. Thieme, sendet. Es heißt in ihr nach einem Hinweis auf den Ruhrkampf:

Es ist nötig, einmal auf den Februarstreik der Eisenbahnbeamten im Jahre 1922 hinzuweisen, ohne die Frage zu diskutieren, ob er berechtigt war oder nicht. Aber ist es tragbar, daß selbst jetzt noch eine Anzahl derjenigen gemaßregelt sind, die damals im guten Glauben an ihre Berechtigung zum Streik in den Ausstand traten? So ist beispielsweise das Disziplinarverfahren des Leiters der Abwehraktion der Eisenbahnbeamten im Direktionsbezirk Essen heute noch nicht erledigt, das heißt er ist immer noch nicht wieder endgültig in seinen Dienst eingestellt.

Die Ruhrbeamtenschaft sah sich im März veranlaßt, durch eine Abordnung an die Reichsregierung heranzutreten und unter Hinweis auf die glänzende Haltung der Eisenbahnbeamten im Industriegebiet eine Amnestie für ihre gemaßregelten Kollegen zu beantragen. An dieser Aussprache nahmen von der Reichsregierung teil der Reichskanzler Cuno, Reichsjustizminister Heinze und Reichsverkehrsminister Groener. Der Reichskanzler konnte sich nicht entschließen, dem Antrag auf Einleitung einer Amnestie Folge zu geben. Er betonte aber ausdrücklich, daß die Regierung der Meinung sei, daß sie auf dem von ihr vorgeschlagenen Wege dasselbe erreichen könnte, was die Eisenbahnbeamten mit der Amnestie wollten und zwar noch bedeutend schneller. Dieser Standpunkt wurde auch vom Reichsverkehrsminister geteilt. Ja, der Minister ging soweit, zu erklären, daß selbst der eine bereits endgültig entlassene Beamte wieder eingestellt werden könnte, wenn er ein Gnadengesuch vorlegen würde. Die Ruhrbeamten gaben sich mit diesen Zusicherungen zufrieden in der festen Zuversicht, daß das von der Regierung gegebene Versprechen restlos erfüllt wird.

Die Zuschriften, die in großer Fülle bei der Reichsgewerkschaft eingelaufen sind und die meist Bezug nehmen auf die Kundgebung des Reichspräsidenten an die deutschen Eisenbahner im besetzten Gebiet und die Kundgebungen der Reichsregierung, lassen erkennen, daß die Eisenbahnbeamtenschaft sich wieder getäuscht fühlt und daß sie allmählich jeden Glauben an die Versprechen unserer Regierung verliert.

Unter dem 24. April wurde der Reichsgewerkschaft vom Reichsverkehrsminister Groener schriftlich mitgeteilt, daß die Regierung in der oben angeführten Besprechung mit der Kommission der Ruhrbeamten nicht versprochen habe, daß mit Begnadigungen dasselbe erreicht werden sollte wie durch eine Amnestie. Ja, der eine Beamte hat zwar das Gnadengesuch eingereicht, aber eingestellt wurde er trotz der Groenerschen Erklärung nicht! Sämtliche Mitglieder der Reichsgewerkschaft, die Zeugen dieser Unterredung waren, sind dagegen bereit, ihre Behauptung eidlich zu erhärten.

Der Maßregelungsfeldzug gegen die Eisenbahner soll also fortgesetzt werden. Die Bureaukratie der Reichseisenbahnverwaltung will augenscheinlich ihre Vergeltungspolitik weiter treiben. Ein an hervorragender Stelle im Abwehrkampf stehender Beamter schreibt seiner Gewerkschaft wörtlich:

„Ich bin vorläufig wieder eingestellt worden. Mir wird auch zurzeit das größte Entgegenkommen erwiesen, aber man teilt mir gleichzeitig mit, daß ich eingestellt sei unbeschadet der Weiterführung meines Disziplinarverfahrens. Soll ich jetzt im Kampfe ausgenutzt werden und dann, wenn die Sache erledigt ist, mit meiner Familie doch noch einen Tritt bekommen? Ich bitte, darüber die Reichsregierung zu befragen und mir klare, eindeutige Antwort zu geben."

Die Reichsregierung hat nicht mit Worten geantwortet. Aber es scheint uns, daß es endlich Zeit wäre, dem Rate des Reichsgerichtspräsidenten zu folgen und klar und unzweideutig den ganzen Wust der Disziplinarverfahren zu streichen. Warum will Herr Groener das nicht?

Der „Miesbacher Anzeiger" verboten. Außer dem Organ der Nationalsozialisten, dem „Völkischen Beobachter", ist auch der „Miesbacher Anzeiger" verboten worden, und zwar auf drei Tage wegen eines am Mittwoch erschienenen Artikels gegen den Oberreichsanwalt, der als „Leipziger Wüterich" hingestellt wurde.

Hilferuf der Freien Gewerkschaften.

Dortmund, 25. Mai. (Mtb.) Die freien Gewerkschaften richteten nachstehendes Telegramm an die sozialistische Arbeiterinternationale in Hamburg: „Ruhrbesetzung verschärft wirtschaftliche Notlage und begünstigt Revolten. Blutige Kämpfe an mehreren Orten. Chaos unvermeidlich, wenn nicht alsbald Intervention."

Demonstrationsstreik in Mannheim.

Mannheim, 25. Mai. (Mtb.) Die gesamten Belegschaften der Mannheimer großindustriellen Werke wie Lanz, Benz u. Co., Brown Boveri u. Co. usw. haben heute mittag 12 Uhr die Arbeit niedergelegt und sich in Arbeitskleidung zum Marktplatz begeben, um dort zu demonstrieren. Man nimmt an, daß es sich bei der Demonstration darum handelt, angesichts der gegenwärtigen Tarifverhandlungen einen Druck dahin auszuüben, daß der Schlichtungsausschuß möglichst rasch zusammentritt.

Die deutschen Leistungen.

Offiziös wird gemeldet: In ihrem letzten Halbjahrsbericht hat die Reparationskommission die deutschen Reparationsleistungen bis zum 31. Dezember 1922 mit rund 8 Milliarden Goldmark angegeben. In dieser Summe sind nur die Leistungen enthalten, die Deutschland auf Reparationskonto gutgeschrieben werden. Für diese Leistungen hat die Reparationskommission zum Teil Summen eingesetzt, die weit unter ihrem wirklichen Werte liegen, so vor allem für die abgelieferten deutschen Handelsschiffe. Denn schon die auf Reparationskonto anrechnungsfähigen deutschen Leistungen stellen einen viel höheren Wert als die von der Reparationskommission angegebenen 8 Milliarden dar. Daneben aber hat Deutschland auf Grund des Vertrages von Versailles zahlreiche weitere Leistungen bewirkt. So wird z. B. das der Liquidation unterliegende deutsche Privateigentum im Auslande, das allein einen Wert von 11 740 Millionen Goldmark darstellt, in der Aufstellung der Reparationskommission überhaupt nicht berücksichtigt. Soll die deutsche Gesamtleistung festgestellt werden, so müssen auch die Leistungen, die nicht auf Reparationskonto angerechnet werden, mit aufgeführt werden. Eine solche Zusammenstellung der deutschen Gesamtleistungen ist in der vor einigen Monaten veröffentlichten Schrift des Statistischen Reichsamtes enthalten. In ihr sind die anrechnungsfähigen deutschen Leistungen an die Gegenseite seit dem Waffenstillstand bis zum 31. Dezember 1922 mit rund 42,78 Milliarden, die Gesamtleistungen Deutschlands mit weit über 50 Milliarden Goldmark ohne Berücksichtigung des Reichs- und Staatseigentums in Elsaß-Lothringen und den deutschen Kolonien sowie des rein militärischen Rücklasses in sämtlichen Räumungsgebieten angegeben. Werden auch diese Zahlen in Anrechnung gestellt, so belaufen sich die Gesamtleistungen Deutschlands aus dem Vertrage von Versailles auf weit über 100 Milliarden.

Ungarisches Koalitionsrecht.

Die „königliche" Regierung des Völkerbundmitglieds Ungarn hat noch auf der jüngsten Tagung des Internationalen Arbeitsamts erklären lassen, Ungarn wolle allen Forderungen, die aus der Zugehörigkeit zu diesem Amt erwachsen, gerecht werden. Sie hat einen Gesetzentwurf mit 54 Paragraphen eingebracht, der das bisher in Ungarn nicht gesetzlich begründete Koalitionsrecht festlegen und das Vereinsrecht verbessern soll. Was diese Regierung heute noch der Arbeiterklasse zu bieten wagt, mögen folgende Proben aus diesem Gesetzentwurf zeigen: Während bisher zur Genehmigung von Vereinsstatuten die Unterschrift des Ministers des Innern genügte, sollen in Zukunft auch die Ressortminister mitzusprechen haben. Die Gewerkschaften sollen sich nicht nur mit Politik, sondern auch mit der Stellenvermittlung nicht beschäftigen dürfen. Das Mitgliederverzeichnis ist der hohen Obrigkeit vorzulegen. Mitglied kann nur werden, der das 18. Lebensjahr vollendete, Stimmrecht (im Verein!) hat bloß, der das 24. Jahr erreichte und ungarischer Staatsangehöriger ist. Jedem Mitglied steht der Rekursweg offen — zum Minister. Also nicht der Ausschuß, nicht die Generalversammlung ist das zuständige Forum, sondern der Minister. Wenn die Einnahmen des Vereins die Ausgaben nicht decken, soll der Verein verpflichtet sein, gegen sich die Verhängung des Konkurses zu verlangen!

Und ein solches Machwerk soll internationalen Arbeiterschutzverpflichtungen entsprechen!

Dem Warschauer Bombenattentat auf die Universität erlegen ist Prof. Orzecki, der bei der Explosion schwer verletzt worden war. Die Regierung hat 20 Millionen Mark ausgesetzt für alle diejenigen, die zur Ergreifung der Verbrecher Angaben machen können.

Der Streit um Kroll.

Die Pressestelle des preußischen Kultusministeriums teilt mit: Am 24. Mai hat auf Veranlassung des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Besprechung stattgehabt, die sich unter Teilnahme von Vertretern der zuständigen Ministerien, der Staatstheater, der Volksbühne und der Großen Volksoper A.-G. mit den Wünschen beschäftigte, die die Volksoper in einer Eingabe an den Kultusminister vor einigen Tagen ausgesprochen hat, und die die Ueberlassung des von der Volksbühne umgebauten Theaters am Königsplatz (Kroll) an sie zum Ziele haben. Die Vertreter der Volksoper erklärten, daß für sie nur eine Verhandlung in Betracht käme, die eine Lösung des seit längerer Zeit zwischen der preußischen Staatsregierung und der Volksbühne bestehenden Vertrages, der Vorstellungen der Staatstheater bei Kroll vorsieht, und die Ueberlassung des Krolltheaters an die Volksoper zur Voraussetzung hätte. Die Volksbühne hielt mit aller Entschiedenheit an dem ihr aus dem Vertrage zustehenden Rechte fest und erklärte, daß sie diese Rechte bis zu den äußersten Konsequenzen verfolgen werde, um die Aufrechterhaltung und Erfüllung des Vertrages in allen Punkten durchzusetzen. Die Vertreter der Regierung legten dar, daß die geplanten Erweiterungen eine unbedingte Notwendigkeit seien, um den Betrieb der Staatsoper überhaupt aufrechtzuerhalten. Sowohl künstlerische als auch finanzielle und soziale Gesichtspunkte seien für die Entschließungen der Regierung maßgebend gewesen. Da die Volksoper jeden anderen Vorschlag, ihr in anderer Form bei der Durchführung ihres Unternehmens behilflich zu sein, ablehnte und bei der ursprünglichen Forderung, ihr Kroll zu überlassen, beharrte, verliefen die Verhandlungen ohne Ergebnis.

Gewerkschaftsbewegung

Der Saarbergarbeiterstreik und die Kommunisten.

Genosse Heinrich Löffler schreibt uns:

Fünfzehn lange Wochen haben die Saarbergleute im Kampfe gegen den französischen Staatskapitalismus gestanden, der sich aller Machtmittel bediente, um die „Revolte" niederzuschlagen. Umsonst! Die französische Staatsgrubendirektion erklärte beim Streikausbruch, daß die Arbeit nur zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen werden könnte, keine Verhandlungen mit den Gewerkschaften würden geführt werden, einige tausend Arbeiter, die sich hervorragend im Streik betätigt hatten, sollten entlassen und damit aus der Heimat und ihrem Besitztum — denn 60 Proz. der Saarbergarbeiter haben ein Häuschen mit Gärtchen im Eigentum — vertrieben werden. Mehreren tausend Bergleuten war die Entlassungen bereits zugestellt. Der französische Militarismus schickte seine Truppen ins Saargebiet. Auf die Streikposten wurden von französischer Kavallerie Attacken geritten, einzelne wurden ergriffen, wie wilde, mit dem Lasso eingefangene Tiere an die Pferde gebunden oder von zwei Reitern festgehalten und im rasenden Galopp dahingeschleift. Schließlich wurde das Streikpostenstehen verboten. Zwei Beamte der größten Organisation, die da im Kampfe stand, und denen man schon lange mißtraute, ohne daß man für ihre Schuftigkeiten positive Beweise hatte, wurden gekauft und mitten im Streik zu Verrätern. Keines der angewendeten Mittel verfing. Der Streik führte trotz alledem zum Sieg.

Dieser Erfolg der „verräterischen Amsterdamer" ist den Herren Kommunisten sehr unangenehm. Die Darlegungen der kommunistischen Zeitungen, vor allem der „Roten Fahne", lassen dies klar erkennen. Sie erhofften im Agitationsinteresse eine Niederlage. Da jedoch ein großer Erfolg errungen wurde, müssen diese Wichte sich aufs Schwindeln verlegen. In ihrer Ausgabe vom 19. Mai schimpft die „Rote Fahne" heftig und behauptet wohl zum hundertstenmal in den wenigen Tagen, die seit der Streikbeendigung vergangen sind, daß „der Bergarbeiterstreik im Saargebiet mit einer Niederlage der Bergarbeiter geendet habe." Daß es so kommen sollte, war ihr sehnlichster Wunsch.

Was sie aber von dem Streik im Saargebiet behauptet, trifft auf den vergangenen Bergarbeiterstreik in Lothringen zu. In der „Roten Fahne" vom 4. Mai 1923 steht wörtlich zu lesen:

„Der lothringische Kampf wurde geführt von einer Organisation, die **nicht der Amsterdamer Internationale, sondern der RGI. angeschlossen ist.**

Jetzt ist der elsaß-lothringische Streik zusammengebrochen, weil die Opfer zu groß waren und von den lothringischen Kameraden nicht allein getragen werden konnten."

Zusammengebrochen ist der Streik, jawohl! Die „Rote Fahne" sagt hier ausnahmsweise einmal die Wahrheit. Die Organisation, die diesen Streik führte, war aber der „kampferprobten" und immer „siegreichen" Moskauer Gewerkschaftsinternationale angeschlossen. Die Opfer konnten aber „von den lothringischen Kameraden nicht allein getragen werden", heißt es in einem Anfall von biedermeierlicher Ehrlichkeit in der „Roten Fahne". Mit anderen Worten: **„Die Moskauer Rote Gewerkschaftsinternationale hat die streikenden Bergarbeiter elend im Stich gelassen,** so daß der Streik verkrachen mußte. Für diese offene Ehrlichkeit werden natürlich den Herren von der „Roten Fahne" gelegentlich die Hosen von Moskau aus gehörig stramm gezogen werden. Ehrlich sein dürfen sie nicht. Sie müssen kämpfen mit List, illegalen Mitteln und die Wahrheit verschweigen.

So wie der lothringische Streik geendet hat, so sollte der im Saargebiet auch enden. Nun da es anders gekommen ist, fällt den Herren Kommunisten das Umstellen sehr schwer. Aber warum ist der Streik im Saarrevier siegreich gewesen? In einem Anfall von Ehrlichkeit — er wird so schnell nicht wieder vorkommen — schreibt die „Rote Fahne" in dem schon erwähnten Artikel vom 4. Mai 1923:

„Zwölf ganze Wochen dauert schon der Kampf der Bergarbeiter im Saargebiet **und die Kampfreihen sind genau so fest wie beim ersten Sturm. Nicht ein einziger Fahnenflüchtiger ist zu verzeichnen.** Wo etwa einer wankend wurde und die Gefahr bestand, daß er die Front verläßt, da genügten ein paar Worte, um ihn wieder in Reih und Glied zu bringen."

Jawohl, so fochten die „verräterischen Amsterdamer", und darum errangen sie einen großen Erfolg, während „der elsaß-lothringische Streik zusammengebrochen" ist, da er geführt wurde „von einer Organisation, die nicht der Amsterdamer Internationale, sondern der RGI." angehört. Der gewerkschaftliche Erfolg im Saarstreik ist den Kommunisten zu groß und ganz unerwartet gekommen. Sie hatten immer noch die Hoffnung, daß der französische Staatskapitalismus diesen Streik niederschlagen könnte. An dergleichen Versuchen hat es ja nicht gefehlt, aber sie zerschellten an der Geschlossenheit der Gewerkschaften und an dem Willen der Arbeiter zum Sieg. Nun behaupten die Kommunisten, an der Spitze die „Rote Fahne", der Streik habe „mit einer Niederlage" geendet. Sie würden ihn nicht gewagt haben, wenn sie zu bestimmen gehabt hätten, denn sie treiben nicht deutsche Arbeiter-, sondern russische Staatspolitik. Dafür rollt und fliegt der russische Rubel. Was schrieb denn die westdeutsche Kommunistenpresse, als ihr am 5. Februar die Mitteilung vom Beginn des Saarbergarbeiterstreiks zuging? Wir zitieren die in Duisburg erscheinende kommunistische „Westfälische Arbeiter-Zeitung" Nr. 30 vom 5. Februar 1923. Dort ist folgendes zu lesen:

„Also trotz Bewilligung der Forderung Streik! Diese Meldung bestätigt unsere in leitenden Ausführungen zum Ausdruck gebrachte Auffassung, daß der Saarstreik als wirtschaftlicher Flankenstoß gegen die Ruhrpolitik der Franzosen gedacht und gemacht wird."

Kann die Lumperei noch höher gesteigert werden? Die französische Staatsgrubendirektion bot in den damaligen Verhandlungen eine Lohnsteigerung von 3 Frank für die bestbezahlten Arbeiter, für die Hauer, an. Gefordert waren 7 Frank je Schicht. Deshalb setzte der Streik ein, denn das Zugeständnis war durchaus ungenügend. Die westdeutsche Kommunistenpresse aber schrieb: **„Also trotz Bewilligung der Forderung Streik!"** Jetzt, da eine Lohnaufbesserung von 5 Frank je Schicht zugestanden wurde, schreibt dieselbe Kommunistenpresse, an der Spitze die „Rote Fahne": „Der Saarstreik hat mit einer Niederlage geendet."

Und dann die Erzählung von dem Flankenstoß gegen die Ruhrpolitik der Franzosen. In einem besonderen Artikel wurde, wie ja auch aus diesem Zitat ersichtlich, die Angelegenheit eingehend behandelt. Spricht nicht auch aus dem Zitat die Sorge, daß die Ruhrpolitik der Franzosen mißlingen könnte? Nach solchen Leistungen weiß man nicht, ob die Kommunisten nur noch pathologisch zu bewerten sind oder als eine für die Arbeiterklasse gemeingefährliche Gesellschaft. Jedenfalls haben sie sich vor, während und nach dem Saarstreik so benommen, daß ein anderes Urteil nicht gestattet ist.

Rheinschiffahrt und Abwehrkampf.

Die Reichssektion Binnenschiffahrt und Wasserbau des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer Deutschlands schreibt uns:

Nach einer Regierungsverordnung vom 4. Mai sollen die Bestimmungen des § 2 Nr. 2 und 3 der Verordnung auf Grund des Notgesetzes (Schutz der Finanzen und der Währung) vom 16. März 1923, und die des § 1 der Verordnung vom 29. März 1923 (Reichsgesetzblatt 1 S. 234) keine Anwendung finden auf die Lieferung und Annahme von Waren auf Grund von Handelsgeschäften, die vor dem 20. Februar 1923 zwischen in Deutschland ansässigen Firmen und Angehörigen von solchen Staaten abgeschlossen wurden, die an der Ruhrbesetzung nicht beteiligt sind.

Diese Verfügung gibt dem Abwehrkampf in der Rheinschiffahrt ein völlig neues Gesicht. 18 Wochen steht die gesamte deutsche Rheinschiffahrt im Streik gegen fremde Bedrückung. Mit der Durchführung dieser Anordnung würde der Abwehrkampf gebrochen werden.

Eine Konferenz der Vertrauensleute der Rheinschiffahrt und westdeutschen Kanäle des Zentralverbandes der Maschinisten und Heizer am 19. Mai in Frankfurt (Main) hat hierzu Stellung genommen. Die Konferenz hat die ernstesten Besorgnisse geltend gemacht, die mit der Durchführung der Verfügung hinsichtlich der Aufrechterhaltung der bisher gezeigten geschlossenen Front eintreten müssen. Eine Kontrolle der Waren ist faktisch unmöglich und steht nur auf dem Papier. Diese Maßnahme würde zu nichts weiter führen, als unter dem im Kampfe stehenden Personal die denkbar größte Verwirrung anzurichten.

Die Konferenz der Maschinisten und Heizer beschloß, an der bisher eingehaltenen geschlossenen Front unbedingt festzuhalten und nicht früher ein Schiff in Betrieb zu setzen, bis durch den Kampf die vertretenen Forderungen, insbesondere die Forderung auf eine völlig freie Rheinschiffahrt für alle Uferstaaten erreicht, und damit die Sicherheit für Leben und Gesundheit der Besatzung, Freiheit der Fahrzeuge garantiert ist. Die Verbandsleitung wird beauftragt, die Beschlüsse der Konferenz der Regierung zur Kenntnis zu bringen. Die Durchführung der Verordnung vom 4. Mai ist nicht möglich, wenn der bisher geführte Kampf mit gleicher Geschlossenheit zu Ende geführt werden soll.

Lohnregelung für die Buchdrucker.

Nach zweitägiger Verhandlung wurde folgendes Ergebnis erzielt: Der Spitzenlohn beträgt 104 000 M., das ist ein Stundenlohn von 2167 M. oder 27 Proz., gültig ab 26. Mai bis 15. Juni. Für das besetzte Gebiet wurde die Zulage um 12 Proz. erhöht, die Anträge aus anderen Städten auf besondere Berücksichtigung jedoch abgelehnt.

„Proletarier"-Protest.

Gegen das Verbot seines Verbandsorgans, des „Proletariers", im besetzten Gebiet für die Zeit vom 30. April bis 31. Juli hat der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands Protest erhoben durch folgendes Schreiben:

„Betr. Verbot des „Proletariers" im besetzten Gebiet.

Hannover, den 12. Mai 1923.

An die interalliierte Kommission in Düsseldorf.

Wie dem unterzeichneten Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands durch die deutsche Postbehörde mitgeteilt worden ist, hat die interalliierte Kommission den Postämtern in den besetzten Gebieten die Weiterleitung des „Proletariers" innerhalb des von den französischen Truppen besetzten Gebietes für die Dauer von drei Monaten verboten. Damit ist die Verbindung zwischen der Organisationsleitung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands und einem großen Teil der Mitglieder dieser Organisation zerrissen und ist außerdem die wirtschaftliche Interessenvertretung der Mitgliedschaft durch deren Organisation wesentlich gehindert.

Da der Einmarsch des französischen und des belgischen Militärs in das sogenannte neubesetzte Gebiet widerrechtlich erfolgt ist, so ist logischerweise auch das Verbot des „Proletariers" rechtlich nicht begründet, beruht also nicht auf einem einwandfreien Rechtstitel, sondern lediglich auf Waffengewalt. Das Verbot des Verbandsorgans „Der Proletarier" schädigt die Interessen der deutschen Arbeiterschaft und insbesondere die der Mitgliedschaft des genannten Verbandes und dient den Interessen des Kapitalismus.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands protestiert gegen das Verbot und stellt vor aller Welt und vor der Geschichte fest: Das Verbot der Zeitschrift „Der Proletarier" durch die interalliierte Kommission stellt keinen rechtlichen Akt dar, sondern lediglich einen unberechtigten Eingriff in die moralischen und von der deutschen Gesetzgebung garantierten Rechte der deutschen Arbeiterschaft."

Der Hauptvorstand, der weder von dem Verbot in Kenntnis gesetzt wurde, noch irgendeinen Grund für das Verbot erfahren hat, ist zwar von vornherein davon überzeugt, daß sein Protest dagegen wenig nutzen wird. Allein schon der Ordnung halber mußte er der „Hohen interalliierten Kommission" zur Kenntnis bringen, wie er darüber denkt.

Betriebsrätewahlen bei der Reichsbahn.

Vor einiger Zeit fanden bei der Reichsbahn die Betriebsrätewahlen statt. In 18 Reichsbahn-Direktionsbezirken wurden die Bezirksbetriebsräte neu gewählt, während in den anderen — zumeist besetzten — Direktionsbezirken nur örtliche Wahlen von untergeordneter Bedeutung stattfanden. Aus 17 Direktionsbezirken — Regensburg hat noch nicht berichtet — liegen nunmehr die Ergebnisse der Bezirksbetriebsrätewahlen vor. Es erhielten der Deutsche Eisenbahner-Verband 170 256, der Allgemeine Eisenbahner-Verband (Hirsch-Duncker) 19 762 und der christliche Verband 15 946 Stimmen. Die sogenannte Opposition, bestehend aus Kommunisten, und der zumeist aus den aus dem DEV. ausgeschlossenen Kommunisten bestehenden Reichsgewerkschaft der Eisenbahnhandwerker und Anwärter, erhielten insgesamt 32 864 Stimmen. Gegenüber dem Vorjahr konnte der Deutsche Eisenbahner-Verband seinen Besitzstand wahren, während die Hirsche und Christen einen leichten Rückgang zu verzeichnen haben. Die Opposition konnte nur in Berlin und Oppeln die Mehrheit erringen und außerdem in Sachsen und Altona kleine Erfolge buchen.

*

Bei den Betriebsrätewahlen am 10. und 11. Mai war im Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden außer der freigewerkschaftlichen Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes sowie denen der Christen und Hirsche von der KPD. eine besondere Liste unter der Firma „Vereinigte Opposition" aufgestellt. Obwohl die Kandidaten dieser „Vereinigten Opposition" mit Unterstützung von Berliner Vertretern der dortigen sogenannten Opposition einen Feldzug über ganz Sachsen gegen die Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes eröffnet hatten, in dem man sich in Wort und Schrift in den schmutzigsten Verleumdungen gegen die Organisation und deren Angestellten erging, gelang es nicht, das vorjährige Resultat der Wahlen zugunsten der „Vereinigten Opposition" zu verändern. Vielmehr behält der DEV. im Bezirksbetriebsrate der hiesigen Reichsbahndirektion seine innegehabten 10 Sitze, die sogenannte Opposition 5, während die Christen und Hirsche wieder leer ausgingen.

Schiedsspruch für das Baugewerbe.

Das letzte Lohnabkommen im Berliner Hoch-, Beton- und Tiefbaugewerbe lief bis 30. Mai. Der Vorstand der Bauarbeiterorganisation hatte sich vorbehalten, bei Einsetzen einer außergewöhnlichen Teuerung schon vor Ablauf der Frist erneut zu verhandeln. Im Hinblick auf die denn auch selber ansteigende neue Teuerungswelle beantragte er am 16. Mai neue Verhandlungen. Der Verband der Baugeschäfte erklärte, daß er mit Rücksicht auf die Verhandlungen vor dem Bezirkslohnamt damit einverstanden sei, wenn der Antrag des Baugewerksbundes zwecks Nachrevision der Tariflöhne, ohne Verhandlung in der Tarifkommission, gleich vor dem Bezirkslohnamt mit zur Verhandlung komme. Das Bezirksamt fällte am 24. Mai nach mehrstündiger Verhandlung nachstehenden Schiedsspruch:

I.

Auf den Antrag der Zimmerer wird der Lohn für Zimmerer für die Zeit vom 10. bis 23. Mai auf 1900 M. die Stunde festgesetzt.

II.

Auf den Antrag der Arbeitnehmerorganisationen wird der Lohn der Maurer und Zimmerer für die Zeit vom 24. Mai bis 6. Juni einschließlich auf 2190 M. festgesetzt.

Die Löhne der übrigen Arbeitnehmer werden um 25 Proz. erhöht, abgerundet auf 10 M. nach oben bzw. nach unten, falls der Lohn 5 M. übersteigt oder darunter bleibt. Grundlohn ist der Spitzenlohn von 1750 M. Bezüglich der Werkzeugentschädigung bleibt es bei den bisherigen Bestimmungen.

Beide Parteien haben sich diesem Schiedsspruch unterworfen. (Die neuen Lohnvereinbarungen gelangen in der Baudelegiertenversammlung am Montag in den Residenz-Festsälen zur Ausgabe.)

Nebenbeschäftigung der Beamten.

Zu diesem Thema erhalten wir folgende Zuschrift:

„Die Hauptverwaltung der Staatsschulden (Reichsschuldenverwaltung) beschäftigt zirka 1200 Beamte, von denen mindestens 250 Beamte ständig nebenamtlich musizieren. An das neuerdings wieder in Erinnerung gebrachte Spielverbot kehrt sich kein Mensch, im Gegenteil, die Beamtenmusiker spielten an den Pfingsttagen in den Konzertgärten in Treptow mit dem „Hohenfriedberger" das bißchen Blau vom Himmel herunter. — Eine gleiche Zahl von Beamten arbeitet nach Dienstschluß in den Bureaus der Berliner Großbanken. So haben 500 Beamte bei einer einzigen Dienststelle eine Doppelexistenz und nehmen anderen Leuten das Brot.

Von den gesetzgebenden Körperschaften wird ein „Abbau" der Reichs- und Staatsdienststellen verlangt. Dieser „Abbau" trifft natürlich nur Angestellte, die nur einen Beruf haben und schwer um ihre Existenz kämpfen, während der doppelt beschäftigte Beamte auf seinem Platz verbleibt.

Sollten sich da bei den Etatsberatungen in den Parlamenten nicht Männer finden, die hier einen sozialen Ausgleich schafften?"

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!

Die Mieterorganisation für Groß-Berlin veranstaltet, um ihren Forderungen größeren Nachdruck zu verleihen, am

Sonntag, den 27. Mai, vormittags 10 Uhr

im Lustgarten eine Demonstration. Wir fordern hiermit alle Mitglieder der uns angeschlossenen Organisationen auf, sich restlos an dieser Demonstration zu beteiligen.

Der Ausschuß der Gewerkschaftskommission Berlins u. U.

Achtung, Maler, Lackierer, Anstreicher! Am Sonntag, den 27. Mai, 9 bis 1 Uhr, findet die Urwahl der Delegierten zum Verbandstag in Jena statt. Es ist Pflicht aller Genossen, sich restlos an dieser Wahl zu beteiligen. Rüttelt die Lauen auf!

Verantwortl. für den redakt. Teil: Ernst Reuter, Bln.-Schöneberg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G.m.b.H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstraße 3.
Hierzu 1 Beilage.

Unreines Blut und dessen Folge-Erscheinungen wie **Hautjucken, Furunkel, Gesichtspickel** werden beseitigt d. Anwendung einer **Frühjahrskur** mit **Dr. Hollbauers ges. gesch. Arsen-Licithin-Pillen.**
Leicht bekömmlich! / Blutbildend! / Ausführliche Literatur gratis
Elefanten-Apotheke, Berlin W, Leipziger Str. 74 (Dönhoffplatz) Zentrum 7198

EMIL ZOLA
Gesammelte Romane
Geheftet und gebunden sind in allen Parteibuchhandlungen, auch einzeln, erhältlich
MÜNCHEN
KURT WOLFF VERLAG

KOMMUNISTEN AUFSTAND 1850
DAS GLÜCK DER FAMILIE ROUGON
Der Roman einer Rotte politischer Schieber, die auf dem Blut und den Opfern des mißglückten Aufstandes ihr Glück aufbauen.

PRIESTER UND ZÖLIBAT
DIE SÜNDE DES ABBE MOURET
Die Tragödie des Priesters, der durch die Bestimmungen der Kirche gefesselt ist, der Kampf zweier junger in Liebe verbundener Menschen um ihr Glück

DAS VERROTTETE PARIS
NANA
Das Leben der Dirne, in deren Lastern der ganze bürgerliche Abschaum von Paris versinkt, mit deren Seuche ganz Paris vergiftet wird.

DER POLITISCHE SCHIEBER
EXZELLENZ EUGEN ROUGON
Das Lied von der politischen Korruption Frankreichs zur Zeit des Kaiserreichs, der Roman von der Gewissenlosigkeit des Politikers.

BOURGEOIS UND REVOLUTIONÄR
DER BAUCH VON PARIS
Der Roman von der Empörung der Genügsamen und Satten gegen den Ideenmenschen und Revolutionär, der Roman vom satten Paris.

DIE SERIE DER ROUGON-MACQUART
Zolas Hauptwerk, zeigt in der Geschichte der einzelnen Glieder einer Familie die Ursachen und den Fortschritt der inneren Zerrüttung Frankreichs unter der Herrschaft des zweiten Kaiserreichs bis zum Zusammenbruch 1870. Ein jeder Band behandelt das Schicksal eines einzelnen Familienmitgliedes und läßt in ihm einen Teil der Kräfte lebendig werden, die seinerzeit in Frankreich, bis 1918 in unserer Bourgeoisie zusammen wirkten, um das Volk zur Revolution, zur Republikreifen zu lassen.

Sonntägliche Wanderziele.

Klein-Köris.

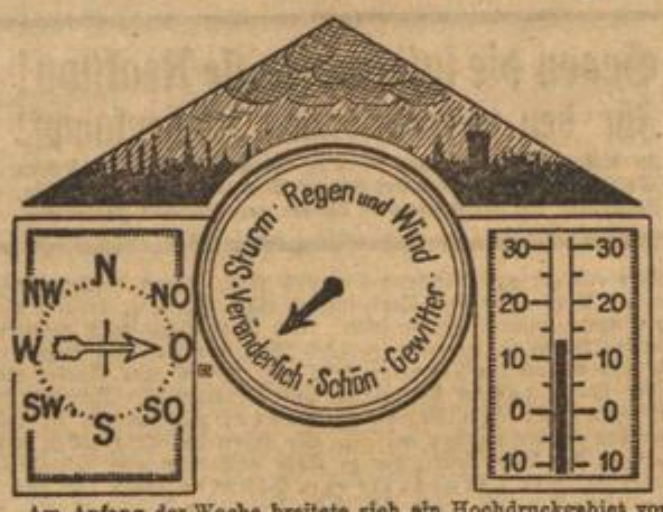
Mit den Zügen der Görlitzer Bahn (von der Stadtbahn in Niederschöneweide umsteigen) fahren wir bis Teupitz—Groß-Köris. Sonntagsrückfahrkarte, die zur Hinfahrt schon vom Sonnabend mittag an berechtigt, 4. Klasse 960 Mark. Vom Bahnhof wenden wir uns auf der Chaussee östlich, nach etwa 10 Minuten links ab, am Schulzensee vorüber, nach Groß-Köris, das am Moddersee liegt. Hier führt die Wasserstraße von Berlin nach Teupitz vorüber, die im Sommer von zahlreichen Ruderbooten belebt ist. Wir verlassen das Dorf in nördlicher Richtung und wandern zwischen dem Dieckſee (links) und dem Kleinen Moddersee (rechts) hindurch nach Wilhelminenhof. An der Wegteilung, eine Viertelstunde weiter, bleiben wir auf dem rechts abzweigenden Wege. Durch schönen Wald kommen wir an die Chaussee nach Wendisch-Buchholz. Sie führt über das Verbindungsfließ des Hölzernen Sees im Norden mit dem Klein-Köriser See im Süden. Eine schmale Landenge, die von dem Fließ durchbrochen wird, trennt diese beiden langgestreckten Rinnenseen. Jenseits des Fließes liegt Forsthaus Neubrück. Das Gelände ist ziemlich eben und von ausgedehnten Wäldern bedeckt. Das ganze Gebiet von Königswusterhausen bis Lübben in nordsüdlicher und von Storkow bis Baruth und Luckenwalde in ostwestlicher Ausdehnung trägt einen zusammenhängenden Wald, in den nur die verschiedenen Ortschaften keine Lücken bringen. Vorwiegend ist es Kiefernwald, dem sich Eichenbestände, wie in der Dubrow, beigesellen. Wir sind im Gebiet des Glogau-Baruther Urstromtals. Die riesigen Sandablagerungen eines solchen Tals geben einen minderwertigen Boden, der für den Ackerbau nicht recht geeignet ist. So werden denn diese Urstromtäler häufig von Wäldern bedeckt, wie auch z. B. das Berliner, in dem die ausgedehnten Kiefernwäldern zwischen Fürstenwalde und Köpenick sich erstrecken. Vom Forsthaus Neubrück wandern wir rechts ab zum Ostufer des Klein-Köriser Sees. Die Straße führt meist unmittelbar am See hin, so daß uns mit jedem Schritt wechselnde Landschaftsbilder umgeben. Der Klein-Köriser See ist ein echter märkischer Waldsee mit all dem Stimmungszauber, den ein solcher einatmet. Der Weg bringt uns nach Klein-Köris. Dieses Dörfchen, das einst zur Herrschaft Teupitz gehörte, hatte unter den Nöten des 30jährigen Krieges arg zu leiden; es wurde zum größten Teil zerstört. Von Klein-Köris wandern wir auf der Chaussee zum Ausgangspunkt unserer Wanderung, dem Bahnhof Teupitz-Groß-Köris, zurück. Weglänge etwa 15 Kilometer.

Alt-Töplitz—Phöben.

Vom Potsdamer Hauptbahnhof oder von der Stadtbahn (in Potsdam umsteigen) fahren wir bis Wildpark. In nördlicher Richtung wandern wir durch den Park von Sanssouci, am Neuen Palais vorüber. Am Nordende des Parks wenden wir uns links ab nach dem Dorf Eiche. Weiterhin führt die Straße links vom 72 Meter hohen, bewaldeten Ehrenpfortenberg vorüber nach Golm. Von dem dicht beim Dorf gelegenen Reiherberg bietet sich eine schöne Aussicht über die Havelniederung. Als breites Silberband zieht sich der Fluß durch das Land. Allenthalben ragen Bergkuppen auf, die sich mitunter zu langen Bergzügen vereinen. Wir sehen den Entenfängerberg im Wildpark, die Höhen bei Werder, Glindow und Phöben, die Berge auf dem Töplitzer Werder. Der Reiherberg erhebt sich 69 Meter über dem Meeresspiegel oder 40 Meter über die Havel. Westlich führt der Golmer Damm durch die Wiesenniederung zum Großen Zernsee, den die Havel durchfließt. Wir folgen nun dem Damm nach Nordwest bis zum Nordzipfel des Großen Zernsees; hier mündet die Wublitz, die aus dem Havelländischen Luch im Norden kommt, in ihn ein. Beim Fährhaus lassen wir uns zum jenseitigen Ufer übersetzen. Südlich um den 59 Meter hohen Schwarzen Berg, dessen Hang bewaldet ist, wandern wir nach Alt-Töplitz, am Kleinen Zernsee gelegen, der ebenfalls von der Havel durchflossen wird. Am Hang des 57 Meter hohen Mühlenberges führt die Straße durch die Alt-Töplitzer Wiesen zur Fährstelle. Hier lassen wir uns übersetzen nach Phöben, einem freundlichen Haveldörfchen. Die Häuser liegen auf der schmalen Uferzone. In ihrem Rücken steigt der Wachtelberg und der Haakberg bis über 50 Meter über den Havelspiegel auf; ihre Höhe über dem Meeresspiegel beträgt also gut 80 Meter. Die Berge sind von Wald bedeckt, sie geben ein äußerst wechselvolles Landschaftsbild. Aus der Ferne winkt der Götzer Berg bei Brandenburg, von einem Vermessungsgerüst gekrönt. Alle die Bergkuppen, deren uns die heutige Wanderung so viele zeigt, liegen inselartig in der weiten Niederung, die sich von Rathenow und Brandenburg bis Potsdam hinzieht. Ursprünglich nahm die Havel nicht hier ihren Lauf, sondern floß, mit der Spree vereint, durch das nördlicher gelegene Havelluch zur Elbe ab. In der Havelniederung setzten die Schmelzwasser des letzten Inlandeises der Eiszeit bis zu 10 Meter mächtige Tonlager ab, denen die vielen Ziegeleien dieser Gegend ihre Betriebsmöglichkeit verdanken. In den Schichten dieser Zwischeneiszeit sind zahlreiche Reste von Tieren gefunden worden, die diese Gegend in jener Zeit bevölkerten, so vom Mammut, Rhinozeros, Pferd, Schwein, Bison, Reh und vor allem mehrere fast vollständige Skelette vom Riesenhirsch, der, ebenso wie das Mammut, jetzt ausgestorben ist. Ein Abguß seines Schädels mit Geweih befindet sich im Geologischen Landesmuseum in Berlin, Invalidenstr. 44. Dieses Riesenhirschgeweih ist wohl das stärkste, das überhaupt vorhanden ist. Von Phöben wandern wir in der Nähe der Havel, teils durch Wald, teils an Aeckern und Gärten vorbei, zum Bahnhof Werder. Weglänge etwa 20 Kilometer.

In der Treptow-Sternwarte finden folgende Veranstaltungen statt: Sonntag, 27. Mai, 4 Uhr: „Eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen durchs Engadin" (Film). 6 Uhr: „Vom Monte Rosa zur afrikanischen Küste" (Film). 8 Uhr: „Eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen durchs Engadin" (Film). Dienstag, 29. Mai, 7 Uhr: „Saturn und sein Ringsystem" (Vortrag mit Lichtbildern von Direktor Dr. Archenhold). Mittwoch, 30. Mai, 8 Uhr: „Das Berner Oberland" (Film). Donnerstag, 31. Mai, 8 Uhr: „Shackletons Südpolexpedition" (Film). Sonnabend, 2. Juni, 8 Uhr: „Eine Fuchsjagd auf Schneeschuhen durchs Engadin" (Film). Beobachtung mit dem großen Fernrohr: Täglich von 2—7 Uhr die Sonne, falls Flecken zu sehen sind, sonst Fixsterne, und von 7—11 Uhr der Mond, Saturn oder Jupiter. Führungen durch das astronomische Museum täglich von 10 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends.

Wetteraussichten für Sonntag.



Am Anfang der Woche breitete sich ein Hochdruckgebiet vom Biskayischen Meer bis zu den Karpathen aus, wurde jedoch bald durch ein auf dem europäischen Nordmeer gelegenes umfangreiches Tiefdruckgebiet etwas weiter nach Süden zurückgeschoben. In den meisten Gegenden Deutschlands klärte sich demgemäß der Himmel zunächst bisweilen auf und trat bei milden südlichen Winden am Pfingstsonntag eine merkliche Erwärmung ein, die sich am zweiten Feiertage fortsetzte. **In Berlin, Breslau** und an verschiedenen anderen Orten wurden **am Montag nachmittag 20° Celsius** erreicht, an einzelnen sogar etwas überschritten. In Westdeutschland aber fanden schon in der Nacht zu Montag ziemlich zahlreiche Regenfälle statt, die sich im Laufe des Tages weiter nach Osten fortpflanzten und in den folgenden Tagen öfter wiederholten. Dabei wurde es abermals überall kühler. Nach Entfernung des Tiefs drang am Donnerstag der östliche Teil eines atlantischen Hochdruckgebietes über Irland rasch ins Innere Deutschlands ein. Jedoch ist von Norden her bereits ein neues Tief nach der Nordsee gelangt, von wo es jetzt mit mäßiger Geschwindigkeit weiter südostwärts vorzurücken scheint. Wir haben daher **für Sonnabend wieder ziemlich trübes, kühles, regnerisches Wetter mit frischen Ost- bis Südostwinden zu erwarten. Auch am Sonntag dürfte anfangs noch etwas Regen fallen, dann aber die Bewölkung mehr und mehr abnehmen** und die Temperatur bis gegen Abend langsam steigen.

Betrug an allen Enden!

Wenn man wochenlang Zwangsvegetarier gewesen ist, so mag es am Ende entschuldbar und zu verstehen sein, daß man zum Fest auch mal gerne einen richtigen reellen Braten in der Pfanne und auf dem Tisch haben wollte. Es wurde deshalb lange hin und herüberlegt, was und wie. Endlich, nachdem wir uns entschlossen hatten, eine ganze Woche lang von Graupen und Erbsen und sauren Kartoffeln und Mohrrüben zu leben, auch die hochedle Kohlrübe nicht zu vergessen, kamen wir überein, zum Fest ein Stück Schweinefleisch in den Topf zu tun. Drei Pfund. Das waren über 20 000 M. Verschwendung, was? Aber zwei arme Verwandte, denen es arg genug ging, sollten an dem herrlichen Schmaus teilnehmen. Und außerdem sollte und mußte noch etwas für den nächsten Tag übrig bleiben. Eines Tages lag das Stück Fleisch auf dem Tisch, dick, rosig, äußerst appetitlich und von ziemlichem Umfang. Natürlich, denn es war ja drei Pfund schwer und kostete über 20 000 M. Da kann man doch was für verlangen, sollte man meinen! Das heißt, vom Standpunkt des Konsumenten. Dann kam das Fleisch in die Pfanne. Es war am Sonnabend vor dem Fest. An dem Tag aßen wir Kohlrüben, wir aßen sie in der Küche, und atmeten dazu den herrlichen würzigen Duft des Bratens ein. Als ich am Abend nach Hause kam, war meine Frau tief niedergeschlagen. „Willst Du mal den Braten schmecken?" fragte sie leise. „Warum denn nicht," erwiderte ich ahnungslos, stürmte in die Speisekammer und schnüffelte umher. „Wo ist er denn?" — „Na, da vor Dir!" — „Wo denn? Ach das kleine Stückchen? Mach doch keine Witze!" — „Natürlich, das ist er!" — „Na, Frau, da hast Du Dir wohl ein hübsches Stückchen im voraus abgesäbelt, was?" Da fing meine Frau an zu weinen: „Nicht ein Stückchen hab ich genommen, nicht ein Fitzelchen. Du weißt doch, wie schön groß das Stück war. Ich hab' es ganz vorsichtig braten lassen. Nun ist es so zusammengeschrumpft." Und in der Tat, das Stück Fleisch, auf das wir uns so sehr gefreut hatten und das ein — nach vielen mageren Wochen — Festbraten für fünf hungrige darbende Menschen sein sollte, war zu einem winzigen elenden Häufchen Fleisch zusammengekrochen. Was blieb da für den einzelnen mehr übrig als ein Häppchen, eine Schnitte. Und so kam es auch. Es blieb nichts, gar nichts übrig und jeder war doch der Meinung, er hätte gut und gern, ohne Schaden zu nehmen, die doppelte Portion verdrücken können. Großmutter, die auch an dem Essen teilnahm, kam der Wahrheit nahe als sie sagte: „Betrug an allen Enden!" Der Dollar steht auf 54 000 und wir haben weder Devisen noch einen ländlichen Verwandten. Morgen gibt es wieder Kartoffelsuppe und meine Frau tut Margarine 'rein, von der man nicht weiß, woraus sie besteht. Auf dem Lande ißt man auch Kartoffelsuppe, aber niemals ohne Speck, und da weiß man immer, woran man ist. Auf dem Land kommt man deshalb auch niemals auf den traurigen Gedanken, daß man eigentlich die doppelte Portion hätte vertilgen können. Und das ist offenbar der wirklich grundsätzliche Unterschied zwischen Stadt und Land.

Dachstuhlbrand im Continental-Hotel.

Am Freitag mittag gegen 2 Uhr kam durch die Unvorsichtigkeit von Bauhandwerkern in dem an der Neustädtischen Kirchstraße Ecke der Dorotheen- und Georgenstraße gelegenen großen Continental-Hotel ein Dachstuhlfeuer aus. Dort wird jetzt die Vorderfront angestrichen, wozu die Firma L. Altmann, Charlottenburg, ein mächtiges Gerüst errichtet hatte, während die Firma Peschke u. Höfchen die Bauarbeiten ausführte. Um die Mittagszeit kam unmittelbar an der Ecke der Dorotheen- und Neustädtischen Kirchstraße im Dachstuhl, der zahlreiche kleine Kammern mit verschiedenem Hausrat usw. enthält, das Feuer zum Ausbruch. Der Feuerwehr gelang es, die Flammen, die bei Ankunft der ersten Löschzüge schon eine beträchtliche Ausdehnung erlangt hatten, auf den Dachstuhl an der Ecke und einen Seitenflügel zu beschränken. Der Wasserschaden ist leider nicht unerheblich, konnte aber wegen der großen Gefahr nicht vermieden werden. Wegen dieser wurde „Mittelfeuer" an alle Wachen gemeldet, worauf mehr als 30 Fahrzeuge ausrückten, wovon indes nur 4 Motorspritzen, 4 mechanische Leitern und einige andere in Tätigkeit kamen. Mit zehn Schlauchleitungen ließ Branddirektor Becker vorgehen und wirksam von allen Seiten angreifen. Die Schupo hatte eine Hundertschaft entsandt, die alle angrenzenden Straßen absperrte, damit die Feuerwehr nicht behindert wurde. Im Hotel selber ging es während des Brandes sehr ruhig zu. Der

---

1]

Eine Angstsafari.

Von Arthur Heye.

Am Spätnachmittage des 15. Juli 1914 kletterte ich mit steifen Beinen auf der Station Voi aus einem Zuge der Ugandabahn. Ich kam vom Viktoria-Njassa. Vorher hatte ich mit Schiff und Eisenbahn eine kleine Rundreise durch Uganda und den östlichen Kongo gemacht. Hier von Voi aus wollte ich über Taveta nach Deutsch-Ostafrika marschieren.

Es war meine erste richtige „Safari" (Wanderung mit Trägern) im tropischen Afrika und wurde das Stück Weg, auf dem ich in meinem wanderfrohen Leben die meiste Angst gehabt habe.

Es war ein dunkler, ungemütlicher Abend. Ein kühler Wind pfiff über die Steppe und um das einsame Stationsgebäude, am Himmel jagten schwarze, schwere, zerfetzte Wolken, und tief im Westen glühte ein gelbroter Schein unheimlich und drohend über der Einöde. Ein schwarzer Junge schleppte meine Sachen in das Eisenbahn-Unterkunftshaus, ich selbst ging geradenwegs zum Stationsvorsteher und gab bei ihm die Empfehlung eines sehr freundlichen englischen Militärarztes ab, dessen Bekanntschaft ich in Mombasa gemacht hatte.

Der alte Herr hörte kaum etwas von „Reise um die Welt", als auch schon sein englisches Sportherz erwachte.

„Selbstverständlich stehe ich Ihnen mit jeder Art Rat und Hilfe bei. Verfügen Sie ganz über mich!" sagte er und schüttelte mir die Hände, daß die Gelenke knackten.

Ich sagte ihm, daß ich nach dem Kilimandjaro marschieren wollte und bat ihn, mir Träger besorgen zu wollen.

„Well, bekommen Sie. Es wird natürlich einige Tage dauern. Wie viel Mann brauchen Sie?"

„Ich denke, drei oder vier," versetzte ich.

„What?" fragte er erstaunt und legte die Hand ans Ohr, um besser hören zu können.

„Vier höchstens," sagte ich gelassen, „ich habe ja fast nichts zu tragen."

„Ja, aber das reicht nicht, durchaus nicht, mein Bester! Gestatten Sie eine Frage: Diese ist wohl die erste Safari, die Sie machen?"

„Yes."

„Na ja, da wissen Sie nicht, was nötig ist. Sie müssen wenigstens zwanzig Mann haben. Drei tragen das Zelt, zwei Proviant, fünf Wasser, je einer Ihr Bett, Ihre Küchen- und andere Geräte, dann einen Gewehrträger, einen Koch, einen — —"

„Stop!" sagte ich lächelnd, „lassen Sie mich mal reden. Einer trägt mein Feldbett, einer die Futterkiste, einer meinen Rucksack und der vierte Wasser, basta. Zelt, Gewehr, Küchengeräte, Koch und sonstige Annehmlichkeiten habe und brauche ich nicht. Wollen Sie mir bitte die vier Mann besorgen?"

Er schüttelte den Kopf.

„Unmöglich. Abgesehen davon, daß Sie mit Ihrer ungenügenden Ausrüstung überhaupt nicht vorwärts kommen, so gehen vier Mann einfach gar nicht mit, wenn Sie kein Gewehr haben. Diese Strecke ist die gefährlichste in ganz Britisch-Ostafrika. Wildreservat; es gibt sehr viele Raubtiere da hinüber!" Ich stand auf.

„Gut, dann muß ich's noch einmal beim Distriktskommissar versuchen. Gute Nacht."

„Der gibt Ihnen auch keine vier Mann, verlassen Sie sich darauf! Ich rate Ihnen, geben Sie unter diesen Umständen den Plan auf, es ist unmöglich," rief er mir nach.

„Wenn er es nicht tut, dann nehme ich meinne Rucksack auf den Buckel und gehe allein hinüber," antwortete ich stolz, obgleich mir gar nicht mehr so sieghaft zumute war.

Das echt englische Gesicht des Distriktskommissars blieb unbeweglich, als ich ihm mein Vorhaben auseinandersetzte. Er dachte eine Minute lang nach und sagte dann:

„Ich werde Ihnen sechs Leute und einen Vormann besorgen; einige Mann müssen frei sein, um Sie gegebenenfalls tragen zu können, wenn Ihnen etwas zustößt. Doch mache ich Sie darauf aufmerksam, daß die englische Regierung für Sie keine Verantwortung übernimmt. Uebermorgen können die Leute hier sein."

Er rief zum Fenster hinaus dem Askariposten etwas zu. Der schlug einen Wirbel auf der Trommel, worauf gegen fünfzehn schwarze Soldaten aus ihren Wohnstätten herausstürzten und in Reih und Glied antraten.

Der Beamte wählte zwei Mann aus, gab ihnen ein Papier, auf dem nichts als der große englische Wappenlöwe zu sehen war und sagte ihnen:

„Lauft sehr schnell fort nach Mtaita und sagt dem Häuptling Udjawo Mwani: Der Distriktskommissar von Voi befiehlt dir, sofort sechs Träger und einen Führer, Männer, die sich nicht fürchten, für eine Zehn-Tage-Safari hierher zu schicken."

Die beiden Askari salutierten schweigend, holten ihre Wasserflaschen aus der Wachtstube, bekamen vom Unteroffizier eine Runde Patronen, salutierten nochmals vor uns und rannten im Laufschritt in die Nacht hinaus.

„So rennen die jetzt zwanzig Kilometer weit, ohne sich umzusehen, bis nach Mtaita. Dort helfen sie dem Häuptling seine Negerlein, die nämlich gerade Ihrer Gegend sehr abgeneigt sind, zusammentreiben und aussuchen und kommen wahrscheinlich übermorgen mit ihnen hier an. Wir müssen Wataitaleute von dort drüben nehmen, denn die hiesigen Schwarzen würde nicht einmal die Gewißheit der Fünfundzwanzig, die ich ihnen aufzählen ließe, davon abhalten, Ihnen schon in der ersten Nacht, in der ein Löwe hörbar würde, davonzulaufen," sagte der Kommissar lächelnd. „Nun kommen Sie mit herein zu einem Whisky mit Soda und erzählen Sie mir etwas von Ihren Fahrten."

Immer und immer wieder spähte ich in den nächsten zwei Tagen die hohen dunklen Hügel hinan, über die sich der Pfad nach Mtaita schlängelte; aber keine Träger, überhaupt kein lebendes Wesen ließ sich in der Buschwildnis blicken.

Als ich am Morgen des dritten Tages den Kommissar nach dem Grunde der Verzögerung fragte, sagte er, wenn die Leute heute nicht kämen, würden sie wohl überhaupt nicht kommen.

„Warum?" fragte ich.

„Hm," brummte er und sah mich nachdenklich an, „dann ist den Boten etwas zugestoßen. Es ist ein Elend mit unseren Jagdgesetzen."

Ich wußte, was er meinte. In Britisch-Ostafrika kostet ein Jagdschein schweres Geld, deswegen ist und bleibt das Land ungeheuer wildreich. Die großen Viehzüchter im Lande hassen das Wild, weil es verschiedene Krankheiten, vor allem die furchtbare Tsetsefliege, auf ihre Herden überträgt und schützen deshalb Löwen, Leoparden und sonstiges Raubzeug, das unter dem Wilde aufräumt, nach Kräften. Einem Weißen, der ein Gewehr hat, geschieht ja durch die Raubtiere selten etwas, und aufgefressene Neger zählen hierzulande nicht. Dies, ferner die Unmöglichkeit, den Räubern in dem furchtbaren Gewirr fingerlanger Dornen der Buschsteppe überhaupt nachzuspüren und die Wertlosigkeit der Häute, da die hiesigen Löwen mähnenlos sind, ist der Grund für das massenhafte Vorkommen dieser Raubtiere.

(Fortsetzung folgt.)

Betrieb stockte nicht. Das Personal und die Fremden ließen sich nicht stören und die Feuerwehr behelligte niemand. Nur in den oberen Geschossen, wo das Wasser in mehreren Fremdenzimmern und auf den Korridoren stand, mußten die Gäste räumen und das Gepäck entfernt werden. In den unteren Stockwerken kümmerte man sich gar nicht um den Brand. In der vierten Stunde war das Feuer gelöscht. Der Schaden ist erheblich, das Gerüst ist jedoch vollständig intakt geblieben und der größte Teil des Dachstuhls konnte dank der hingebenden Arbeit der Feuerwehr geschützt werden.

Ein Kampf um die Wohnung.

Mit dem Beil gegen den Gerichtsvollzieher.

Eine grobe Ausschreitung einer Mieterin bei einer Exmission, bei der bedauerlicherweise ein unschuldiges Kind das Opfer geworden ist, beschäftigte gestern die Berufungsstrafkammer des Landgerichts III in einer Anklage gegen Frau Emma Müller aus Weißensee wegen Widerstandes und Sachbeschädigung.

Die Angeklagte war von ihrem Mann geschieden und lebte mit dem Arbeiter Müller zusammen, den sie inzwischen geheiratet hat. Müller hatte seit 14 Monaten keine Miete gezahlt, und der Hauswirt hatte schließlich beim Amtsgericht ein Urteil auf Räumung der Wohnung erwirkt. Da Müller aber freiwillig nicht ausziehen wollte, sollte er durch den Gerichtsvollzieher aus der Wohnung herausgeschafft werden. Als der Beamte eines Tages mit seinen Leuten erschien und dabei war, die Möbel herauszubringen, lief die Angeklagte, die allein in der Wohnung war, zum Arbeitslosenrat und holte sich dort einen Trupp von 20 Mann, mit dem sie plötzlich angerückt kam. Mit einem Beil in der Hand trat die übererregte Frau dem Gerichtsvollzieher entgegen und wollte ihm einen Schlag vor den Kopf versetzen. Nur dadurch, daß der Beamte schnell den Arm der Frau packen konnte, wurde er vor üblen Folgen bewahrt. In ihrer grenzenlosen Wut zertrümmerte die Angeklagte mit dem Beil das Treppengeländer und die Tür. Die Arbeitslosen nahmen eine so drohende Haltung ein, daß der Beamte, da sich inzwischen auch vor dem Hause ein Auflauf angesammelt hatte, von seiner Amtshandlung Abstand nehmen mußte. Die Angeklagte hatte, nachdem sie Siegerin geblieben war, das Wohnungsamt angerufen, und dieses untersagte dann die Räumung der Wohnung und hat der rabiaten Mieterin schließlich eine neue Wohnung zugewiesen. Trotzdem war sie aber nicht freiwillig ausgezogen, so daß erneut gegen sie zwangsweise vorgegangen werden mußte. Zu der neuen Räumungshandlung brachte der Gerichtsvollzieher vorsorglich sechs Polizeibeamte und einen Schlosser mit. Sie fanden die Tür aber von innen stark verriegelt, und die Angeklagte öffnete nicht, so daß das Schloß aufgebrochen und die halbe Tür zerstört werden mußte.

Das Schöffengericht Weißensee hatte die Angeklagte wegen Widerstandes und Sachbeschädigung zu einem Monat Gefängnis und 300 M. Geldstrafe verurteilt. Gegen dieses Urteil war Berufung eingelegt worden. Vor der Strafkammer erklärte die Angeklagte, daß sie nicht habe ausziehen wollen, weil ihr Kind, ein Säugling, im Sterben lag und tatsächlich nach acht Tagen gestorben sei, da sich durch das Aufreißen der Fenster bei der Räumung die Krankheit verschlimmert habe. Ihre Handlungsweise sei ein Akt der Verzweiflung gewesen. Der als Zeuge vernommene Gerichtsvollzieher Bläsing gab von der Angeklagten ein wenig schmeichelhaftes Bild. Er kenne die Frau schon seit 17 Jahren und habe sie wiederholt aus ihren Wohnungen heraussetzen müssen. Das Gericht kam zu einer Verwerfung der Berufung und betonte, daß angesichts der groben Ausschreitung die Strafe sehr gering gewesen sei.

Die wildgewordene Zunge.

Peinliche Wirkungen eines weiblichen Redeschwalls.

Einen unerwarteten Ausgang nahm für die Angeklagte, eine Frau Spiegel aus Schöneberg, gestern die Verhandlung gegen sie wegen Beleidigung von Polizeibeamten vor dem Schöffengericht Schöneberg. Die Angeklagte hatte mehrere Beamte der Bestechung beschuldigt und war infolgedessen wegen Beleidigung angeklagt. Die Verhandlung konnte nur schwer durchgeführt werden, da die Angeklagte mit einem unermüdlichen Redeschwall das Wort führte und sich nicht unterbrechen ließ. Im Laufe der Verhandlung zeigte sie sich im höchsten Maße ungebührlich, bedrohte die Beamten und ließ sich durchaus nicht zur Ruhe bringen. Auch als das Urteil verkündet werden sollte, redete sie unermüdlich weiter, so daß der Vorsitzende nicht imstande war, die Urteilsverkündung durchzuführen; er mußte sie unterbrechen und es blieb ihm schließlich nichts anderes übrig, als die Angeklagte zu einer sofort zu vollstreckenden Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft zu verurteilen. Ueber die Verhängung der Strafe war die Angeklagte, die sich bisher so auflehnend gezeigt hatte, derartig verdutzt, daß sie nun kein Wort weiter sprechen konnte und wie ein Lamm dem Gerichtsbeamten, der sie abführte, in die Zelle folgte. Das Urteil lautete auf 100 000 M. Geldstrafe, während der Amtsanwalt nur 50 000 M. beantragt hatte.

Ein grausiger Fund.

Aus dem Wasser gelandet wurde vor einigen Tagen am Spreeweg ein nackter linker Arm. Die Kriminalpolizei, die sich mit der Aufklärung beschäftigt, hat den unheimlichen Fund dem Gerichtsarzt Professor Dr. Strauch übergeben, weil man mit der Möglichkeit rechnet, daß er mit einem noch nicht bekannt gewordenen Kapitalverbrechen in Zusammenhang steht. Die Untersuchung des Gerichtsarztes erstreckt sich darauf, ob der Arm von einem Manne oder einer Frau herrührt, wie lange er im Wasser gelegen haben kann und ob er durch eine Dampferschraube von der Leiche abgerissen oder mit einem andern Werkzeug, einem Messer, einem Beil oder einer Säge von dem Körper abgetrennt worden ist. Die Untersuchung der Finger und der Handfläche wird auch feststellen, ob es sich um eine gepflegte Hand oder die einer schwer arbeitenden Person handelt. Es ist möglich, daß der Arm von der Aufwartefrau Berta Räckling aus der Brückenstr. 8 herrührt, deren Rumpf in Decken verpackt am 26. Februar d. J. an der Mühlendammschleuse in der Spree gefunden wurde. Diese Frau wurde, wie wir seinerzeit ausführlich berichteten, von einem Deutsch-Russen, Theodor Just, und dessen Geliebten, einer Frau Mathilde Stabereck, in deren Behausung in der Brückenstr. 8 schändlich ermordet. Frau Stabereck, die ebenso wie Just hinter Schloß und Riegel sitzt, hat nach ihrem Geständnis die Teile der zerstückelten Leiche in fünf Paketen in ihrer Handtasche weggebracht und an verschiedenen Stellen in die Spree geworfen. Bisher wurde nur der Rumpf gefunden.

Das Nachtquartier im Vorgarten.

Zu der unter dieser Ueberschrift in Nr. 225 des „Vorwärts" veröffentlichten Notiz geht uns folgende Zuschrift zu: 1. die Räumungsklage gegen die Untermieter der Wohnung Ringstr. 16 ging nicht von Pastor Antonowitz aus, sondern von der Hauswirtin, die dem ungeordneten Zustand — der Untermieter Herr K. war sogenannter „wilder" Mieter — ein Ende machen wollte. 2. Unabhängig davon suchte Pastor Antonowitz, der seine Lichterfelder Gemeinde unter großen Erschwerungen von Friedenau aus versehen mußte, eine Wohnung in Lichterfelde auf dem Wege des Tausches mit seiner Friedenauer Wohnung und bekam vom Wohnungsamt die wiederum ganz unabhängig davon aus anderen Gründen beschlagnahmte Wohnung in der Ringstraße zugewiesen. 3. Um beiden bisherigen Untermietern dieser Wohnung eine Unterkunft zu schaffen, bot Pastor A. dem Wohnungsamt auf dem Wege eines weiteren Tausches statt seiner bisherigen Wohnung 2 kleinere Wohnungen an. Das Anerbieten wurde vom Wohnungsamt abgelehnt mit dem Bemerken, daß Herr K., der noch lange nicht Anspruch auf eine selbständige Wohnung habe, in gar keinem Falle berücksichtigt werden könne. 4. Mit Rücksicht auf die Notlage des Herrn K. hat Pastor A. dann noch 2 Wochen mit dem Einzug gewartet, bis ihn schließlich die drohende Räumungsklage in seiner alten Wohnung und die ihm angedrohte Streichung von der Liste der Wohnungsuchenden, wenn er nicht innerhalb 48 Stunden seinen Mietvertrag vorlege, zur Bewerkstelligung des Einzugs zwang. 5. Zur Aufbewahrung seiner Möbel hat Pastor A. dem Herrn K. mehrere Räume angeboten, die dieser jedoch ablehnte. Auch von der Möglichkeit, bei allernächsten Verwandten in der gleichen Straße unterzukommen, hat Herr K. keinen Gebrauch gemacht. —

Wir geben mit der Wiedergabe dieser Erklärung auch der anderen Seite Raum und wollen die Erörterung der Frage, ob der Umzug des Herrn Antonowitz von Friedenau nach Lichterfelde wirklich so unumgänglich nötig war, auf sich beruhen lassen. Viele Hunderttausende Groß-Berliner Angestellte, Arbeiter und Beamten wären jedenfalls herzlich froh, wenn sie täglich keine größere Entfernung zwischen Wohn- und Arbeitsstätte zu durchmessen hätten, als die zwischen Friedenau und dem benachbarten Lichterfelde. Die außerordentlich bedauerliche Tatsache, daß Staatsbürger und Steuerzahler unter freiem Himmel schlafen mußten, läßt sich leider nicht aus der Welt schaffen.

Die Jagd nach dem Dollar.

Pistolenüberfall auf einen Amerikaner.

Ein Raubüberfall, der in seinen Einzelheiten in der Kriminalgeschichte Berlins einzig dasteht, weil er mit einer bisher kaum dagewesenen Frechheit und Verwegenheit ausgeführt worden ist, wurde im Tiergarten verübt.

Ein Kaufmann Nikolaus F. Frest war vor vier Jahren nach Amerika ausgewandert und hatte dort einen Getreidehandel eröffnet. Jetzt wollte er seine Heimat Kiew einmal wiedersehen und erfuhr, als er in Bremen eintraf, daß er zur Einreise seinen Paß noch auf dem polnischen Konsulat in Berlin visieren lassen müsse. Zu diesem Zwecke ging er nach der Kurfürstenstraße. Ortsunkundig, fragte hier zwei Männer nach dem Konsulat. Diese standen schon in der Nähe des Gebäudes, zeigten es ihm, erklärten ihm aber, er könne das Visum nicht so ohne weiteres bekommen, müsse vielmehr noch eine Eingabe machen. Ihr Anerbieten, ihm hierbei helfen zu wollen, nahm der Amerikaner dankbar an. Die beiden Männer, von denen der eine gut gekleidet war und gut Deutsch und gebrochen Englisch sprach, während der andere weniger gute Kleidung trug und jiddisch sprach, bestiegen mit ihm ein Auto unter dem Vorwande, dorthin fahren zu wollen, wo die Eingabe gemacht werden sollte. Nach einer Fahrt durch mehrere Straßen ließen sie in einem großen Park, der nach den Angaben des Amerikaners der Tiergarten sein muß, plötzlich ihre Masken als Helfer fallen, zogen Pistolen und forderten den Landsmann auf, seine Devisen herauszugeben, widrigenfalls sie ihn über den Haufen schießen würden. Sie ließen das Auto halten und zwangen den Amerikaner, der zu Tode erschrocken sein Scheckbuch herauszog, mit vorgehaltenen Pistolen gleich im Wagen selbst auch noch 10 Schecks über je 10 Dollar mit seinem Namen zu unterschreiben. Dann stiegen sie mit ihm aus, entlohnten den Chauffeur, führten den Beraubten noch mehrere Parkwege entlang und verschwanden dann mit den Schecks seitwärts in die Büsche. Der Amerikaner fragte sich mühsam nach der Bankstelle der American Expreßcompany in der Charlottenstraße durch und schilderte dort sein Mißgeschick. Von hier aus begab man sich zur Kriminalpolizei, und der Leiter des Raubdezernats, Kriminalkommissar Werneburg, leitete alsbald die Nachforschungen ein. Er nimmt weitere Angaben zur Ermittlung der russischen Räuber, die beide mittelgroße Männer sind, entgegen. Die Schecks lauten, wie eingangs erwähnt, auf Nikolaus F. Frest.

Gegen die internationale Reaktion!
Für den internationalen Klassenkampf!

In diesem Sinne sprechen Sonntag vorm. 10 Uhr in der Neuen Welt, Hasenheide, und in der Bötzow-Brauerei, Prenzlauer Allee, Sozialisten der verschiedensten Länder zum Berliner Proletariat.

Für neue Volksparks.

Ein Aufruf des Oberbürgermeisters von Berlin.

Oberbürgermeister Böß erläßt folgenden Aufruf:

Mitbürger! Berliner! Schwer lastet auf dem deutschen Volke und auf unserer Stadt der Druck eines Friedens, der kein Frieden ist, die Folgen der Hungerjahre, Krankheiten, die Geist und Körper schwächen. Die Volkskraft muß verfallen, wenn nicht alle Mittel zu ihrer Wiederaufrichtung angewendet werden. Eine wichtige Aufgabe ist die Kräftigung unserer Jugend. Luft, Licht und Sonne und körperliche Ertüchtigung fordern sie mit Fug und Recht. Schafft Volksparks! Schafft Spiel- und Sportplätze! Bürger, helft Euch selbst! Viele haben bereits geopfert: Die neuen Parks in der Jungfernheide an der Panke, am Faulen See, die Sportplätze im Tiergarten, am Eichkamp, an der Scharnweberstraße, in der Wuhlheide usw. sind ihr Werk. Es ist ein Anfang! Vieles bleibt zu tun! Keiner bleibe jetzt zurück. Gebt alle, alle, alle. Die Turn- und Sportwoche gibt beste Gelegenheit. Es gilt unsere Jugend, unsere Zukunft! Böß, Oberbürgermeister.

Spenden werden erbeten auf Konto B. Nr. 101 323 „Oberbürgermeister von Berlin, Stiftung Park, Spiel und Sport" bei der Preußischen Staatsbank Seehandlung, Berlin W., Markgrafenstr. 38.

*

Die Turn- und Sportwoche, die in dem Aufruf des Oberbürgermeisters erwähnt ist und deren Programm der Berliner Bevölkerung durch Anschläge an den Plakatsäulen mitgeteilt worden ist, hat gestern unter Mitwirkung der bürgerlichen Sport- und Turnvereine begonnen, während die Arbeiter-Turn- und Sportvereine sich an den sportlichen Darbietungen nicht beteiligen. Bekanntlich findet am Sonntag, den 3. Juni, in Berlin der große Reichs-Arbeiter-Sporttag statt. In dem Programm der obengenannten Turn- und Sportwoche nehmen neben den sportlichen Veranstaltungen auch Theatervorstellungen, Schmausereien, Tanz und Tanzvorführungen einen ziemlich großen Raum ein. Eine am Sonntag, den 27. d. M., nachmittags 2½ Uhr, auf dem Königsplatz vorgesehene große Sportkundgebung muß, wie die Hauptsportleitung der Berliner Turn- und Sportwoche mitteilt, ausfallen. Das bestehende Bannmeilengesetz hat dem Reichsministerium des Innern die Erteilung der Erlaubnis für diese Veranstaltung nicht ermöglicht. Die programmäßig vorgesehenen neun Werbezüge müssen demnach ausfallen ebenso wie die Gesangsvorträge des Wiener Volkschores. Die wichtigsten Veranstaltungen von allgemeinem Interesse am Sonntag sind die Eröffnungen dreier Sportplätze, und zwar des Spiel- und Sportplatzes in der Scharnweberstraße in Reinickendorf um 1½ Uhr, des Sportplatzes im Tiergarten um 4 Uhr und des Volksparkes Jungfernheide um 5 Uhr.

Wo steckt der Vater?

Eine Kindesaussetzung beschäftigt seit Januar 1922 das Jugendamt Neukölln und in neuerer Zeit auch die Kriminalpolizei. Am 23. Januar 1922 kam ein Gast mit einem etwa vier Jahre alten Knaben in das Lokal von Katte, Hermannstr. 203. Dem Wirt war der Gast unter dem Namen Wilhelm Loeser oder ähnlich vom Ansehen bekannt. Nachdem nun der Gast eine Zeche gemacht hatte, verschwand er und ließ dem Wirt seinen Knaben zurück. Das sonst gesunde Kind konnte nur seinen Vornamen „Herbert" angeben. Es ist nun bisher den Behörden nicht gelungen, den pflichtvergessenen Vater zu ermitteln. Vor Jahren soll er in der Invalidenstraße gewohnt haben, seine Ehefrau soll eine geborene Zieck gewesen und vor Jahren verstorben sein. **Alle Personen,** die der Ermittlung fördernde Angaben über das ausgesetzte Kind, den Vater oder sonstige Angehörige machen können, werden gebeten, diese an die Kriminalpolizei Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 198/94, erster Bezirk gelangen zu lassen.

Die Wiener Sänger in Berlin.

Der Volksgesangverein Wien und Umgebung kam gestern, Freitag, nachmittags in sehr stattlicher Stärke von Breslau auf dem Bahnhof Zoo an. Eine zahlreiche Menge, unter ihnen die Quartiergeber, begrüßten die Wiener und Wienerinnen, die Bürgermeister Genosse Ritter in Berlin herzlich willkommen hieß. Weitere Ansprachen und Chorgesang, worauf die Gäste mit Dankesworten und ihrem Wahlspruch erwiderten, verschönten den Empfang.

Am Abend fand im Reichstagshaus die offizielle Begrüßung statt. Ein Vortrag des Singakademiechors leitete den Abend ein. Reichstagspräsident Genosse Löbe entbot den Gästen aus Wien ein herzliches Willkommen. Er wies darauf hin, wie in dieser Zeit der Not des deutschen Volkes das Lied als Ausdrucksmittel des Zusammengehörigkeitsgefühls zu einer früher nicht geahnten Bedeutung gelangt ist. Ein wie inniges Band es zwischen Ost und West zu schlingen vermag, das haben wir erst jetzt so recht erkannt. Nun sind Sie aus Wien zu uns gekommen und bringen uns das österreichische Volkslied. Möge durch Ihren Besuch das Band, das Oesterreich mit Deutschland verknüpft, noch enger und immer enger werden. Seid willkommen, Wiener in Berlin! (Lebhafter Beifall, in den die Wiener ihre Heil-Rufe mischten.) Für die Reichsregierung nahm der Reichsjustizminister Heinze das Wort zu einer Begrüßung. Können wir, fragte er, uns die deutsche Kultur ohne Oesterreichs Anteil denken? Und was wäre die deutsche Musik ohne das Große und Unvergängliche, das Oesterreich uns gegeben hat? So lange Nationen bestehen, werden deutsche Kultur und deutsches Lied sich behaupten. (Lebhafter Beifall und Heil-Rufe.) Im Namen der Wiener dankte Regierungsrat Zeiner den Berliner Gastgebern. Möge, schloß er, Deutschland sich wieder aufrichten. Wir haben das Gefühl, daß es keine Grenzen zwischen Deutschland und Oesterreich gibt. (Jubelnder Beifall und Heil-Rufe.) Die Sängerschar gab dann eine Probe ihrer Kunst in dem österreichischen Lied „Gedanken sind frei". Auf den stürmischen Beifall der Berliner antwortete sie mit Tücherschwenken. Der Empfangsabend endete mit einem geselligen Beisammensein.

Max Klante abgewiesen.

Die Beschwerde Max Klantes wegen der Beschlagnahme der Bücher seines neuen Wettbureaus ist vom Amtsgericht als unbegründet zurückgewiesen worden. Die Rechtsanwälte Dr. Alsberg und Dr. Welt haben gegen den Beschluß Beschwerde bei der Strafkammer erhoben, so daß sich demnächst die Siegert-Kammer wieder mit Max Klante zu beschäftigen haben wird, diesmal allerdings nur in formaler Hinsicht. Das neue Strafverfahren gegen Max Klante nimmt seinen Fortgang. Von Staatsanwaltschaftsrat Dr. Horn sind bereits umfangreiche Ermittelungen eingeleitet worden.

Familie Waldeck Manasse bittet uns um Aufnahme folgender Zeilen:

„Es ist uns unmöglich, allen lieben Freunden und Genossen einzeln zu danken. Wir bitten auf diesem Wege alle, die unserem geliebten Toten das letzte Geleit gaben und seiner in ehrenvollen Nachrufen in Wort und Schrift gedachten, unseren wärmsten Dank anzunehmen."

„Die Organisation der Wohlfahrtspflege (einschließlich des Gesundheitswesens) in Wien" lautet das Thema, über das Genosse, Staatssekretär a. D. Stadtrat Professor Dr. med. Tandler-Wien, der oberste Leiter des Wiener Wohlfahrts- und Gesundheitswesens, auf der öffentlichen Tagung des Vereins sozialistischer Aerzte Deutschlands am Sonnabend, den 26. Mai d. J., um 7½ Uhr abends, im Bürgersaal des Berliner Rathauses sprechen wird. Parteigenossen, die im kommunalen Leben und in der Wohlfahrtspflege stehen, sind zur Teilnahme besonders herzlich aufgefordert. Am Sonntag, den 27. Mai, ab 9 Uhr früh, sprechen im Saal 53 des Berliner Rathauses über das Thema „Aerzte und Krankenkassen", die Genossen Dr. Epstein-München, Professor Grotjahn, M. d. R.-Berlin, Dr. Karl Kautsky-Wien, Physikus Dr. Knack-Hamburg, Dr. Weyl, M. d. L., Dr. L. Wolff, Stadtverordnete Frau Dr. Wygodzinski-Berlin. Zu dieser Veranstaltung sind besonders die in der Krankenkassenverwaltung tätigen Parteigenossen als Gäste eingeladen.

Ausstellung „Rheinlandnot" im Herrenhause. Gestern nachmittag wurde im Herrenhause die Ausstellung „Rheinlandnot" eröffnet, veranstaltet von den landsmannschaftlichen Verbänden der Rheinländer, Saarländer und Eupen-Malmedyer, um in Bild und Schrift die Not im Rheinland, Ruhrgebiet und Saargebiet vor Augen zu führen. In der Eröffnungsrede entwickelte Oberbürgermeister Jarres-Duisburg unter tiefer Ergriffenheit der zahlreichen Zuhörer ein Bild von den Leiden der Rhein-, Ruhr- und Saarländer. Nur wenn dies lebendige Mitempfinden aus dem ganzen deutschen Volke zu Hilfe käme, werde der passive Widerstand nicht verflachen, werde der passive Widerstand zu einer Tat. Dr. Jarres gab dann eine Statistik, aus der hervorgeht, daß allein die bis zum 15. Mai über Beamte verhängten Gefängnisstrafen die Zahl von 480 Jahren ergeben. An Geldstrafen sind bis zum 15. Mai etwa 2½ Milliarde eingetrieben worden. Die Zahl der Ausgewiesenen belief sich bis Mitte Mai auf 50 000.

Zahlreiche Feststellungen von Metallsuchern. Durch mehrere berittene Schutzpolizeistreifen wurden gestern mittag auf dem Schießplatz Tegel 129 Personen, meist Frauen, die dort nach Munition und Geschoßteilen suchten, zur dortigen Polizeikaserne zwangsgestellt und nach Personalienfeststellung wieder entlassen. Sämtliche mitgebrachten Handwerkszeuge (Hacken und Spaten) wurden eingezogen und sichergestellt.

Bedürfnisanstaltsabdecker bei der Arbeit. In der Nacht zum Freitag nahm man den Schlosser Paul Schraede aus der Stephanstraße fest, als er im Begriff war, das Zinkdach von der Bedürfnisanstalt am Helgoländer Ufer abzudecken und in Sicherheit zu bringen. Der Dieb wurde der Kriminalpolizei übergeben.

Zugunsten der Jugendpflege des 5. Verwaltungsbezirks veranstalten heute, Sonnabend, abds. 8 Uhr, der Berliner Schwimmverein „Welle" und der Lichtenberger Schwimmverein „Neptun" 94 ein Schauschwimmen und -springen im Stadtbad Friedrichshain an der Schillingsbrücke. Die Veranstaltung, die sehr sehenswert zu werden verspricht, weist u. a. ein Staffettenschwimmen, einen Damenkunstreigen, ein Wasserballspiel, Gruppenspringen und einen Lampionreigen auf. Der Eintrittspreis beträgt im Vorverkauf 600 M. — an der Abendkasse 800 M.

Der Republikanische Jugendbund Schwarz-Rot-Gold, Ortsgruppe Berlin, veranstaltet am Sonntag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Schwechten-Saal, Lützowstraße 112, eine republikanische Kundgebung. Alexander Moissi wird ausgewählte Stellen aus der 48er Literatur rezitieren. Die Kundgebung findet zur Erinnerung an das Frankfurter Vorparlament im Jahre 1848 statt. Eintrittskarten sind bei Wertheim, Bote u. Bock und der Geschäftsstelle des Bundes, Berlin W. 10, Bendlerstraße 12 (Kurfürst 5869) sowie an der Abendkasse zu haben.

Ermordung eines Landwirts. Am 22. Mai gegen 9 Uhr abends fuhr der Landwirt Heinrich Kikkelmann aus Schutt über die von den Franzosen gesperrte Kettwig-Werdener Landstraße. Da er trotz Anrufs nicht gehalten haben soll, nahm ihn der Posten unter Feuer. Kikkelmann erhielt einen Schuß durch den Leib, das Pferd Schüsse durch Kopf und Beine. Die Franzosen schafften ihn in das evangelische Krankenhaus in Kettwig, wo er am 23. Mai seinen Verletzungen erlegen ist.

Festnahme eines Doppelmörders. Nach dem „Anhalter Anzeiger" gelang es der Polizei, im nahen Ziebigk den Doppelmörder, der am 2. Pfingstfeiertag ein Liebespaar ermordete und beraubte, zu ermitteln und zu verhaften. Es handelt sich um den 33jährigen Maurer Friedrich Dropp aus Ziebigk. Er gestand den Raubmord ein.

Einigungskonferenz der Jugend-internationale.

Hamburg, 24. Mai.

Schon der Begrüßungsabend, den die Hamburger Arbeiterjugend im großen Saale des Gewerkschaftshauses veranstaltete, stand im Zeichen der Gemeinsamkeit alter und junger Kämpfer. Da saßen vorn als Gäste der Jugend die Delegierten der erwachsenen Arbeiterschaft und auf den Galerien und in den Gängen zu Tausenden und Abertausenden Kopf an Kopf dicht gedrängt die Hamburger sozialistische Arbeiterjugend. Es war hinreißend schön, als die 180 Sängerinnen und Sänger des Jugendchors die Arbeitermarseillaise mit gewaltigem Rhythmus durch den Saal klingen ließen und alle zu tobendem Beifall hinrissen. Daß die sozialistische Arbeiterjugend sich der hohen Aufgabe wohl bewußt ist, die sie in der Erziehung der arbeitenden Jugend zu leisten hat, klang aus den Begrüßungsreden der Genossen Paul (Tschechoslowakei), Düsedau (Hamburg), Honaux (Belgien), Lindström (Schweden) und Westphal (Berlin) deutlich hervor.

Am Donnerstag nachmittag wurde der Kongreß von Max Westphal eröffnet. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß es diesem Kongreß gelingen möge, eine neue Einheit zu finden, um stärker und geschlossener der Reaktion gegenübertreten zu können, die erst heute wieder das Denkmal Heinrich Heines mit Teer beschmutzt habe. Das konnte sie nur tun, weil wir zu schwach waren und sie uns nicht mehr fürchteten.

Ins Bureau wurden gewählt: Voogd (Holland), Taller (Deutschböhmen), Westphal (Berlin), Heinz (Wien), Albrecht und Ollenhauer (Berlin), Schröter (Leipzig) und Paul (Tschechoslowakei).

Voogd (Holland) übernahm die Leitung des Kongresses; es folgten Ansprachen verschiedener Gäste, so Crispiens und Andersens für die neue geeinte Internationale. Der Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam, Genosse Brown, betonte in ausgezeichnetem Deutsch, daß der Internationale Gewerkschaftsbund sich freuen würde, seine Kräfte mit der sozialistischen Jugend in Arbeit und Kampf vereinen zu können, besonders auch in der Frage der Kriegsbekämpfung. Er konnte noch mit Genugtuung darauf hinweisen, wie durch die Hilfe der internationalen Gewerkschaften erst kürzlich deutsche Arbeiterjugend in England zu Besuch war und selbst auf die konservativsten Kreise in England einen starken Eindruck gemacht habe. Zusammenarbeiten könnte man auch in der Bildungsarbeit an der Jugend. Schon in diesem Jahre veranstalte der Internationale Gewerkschaftsbund auf Schloß Brühl bei Köln einen internationalen Kursus für Erwachsene und in Linz einen solchen für die Jugend. — Für die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Erziehungsorganisationen sprach dann noch Genosse Max Winter (Wien). Dann vertagte sich der Kongreß auf Freitag vormittag 9 Uhr.

Wirtschaft

Eine Liebesgabe an Exporteure und Industrie.

Mit dem 25. Mai 1923 ist für eine weitere Anzahl von Waren eine nicht unerhebliche Ermäßigung des Ausfuhrabgabentarifs in Kraft getreten. Eine solche Ermäßigung bedeutet in Zeiten der Dollarhausse zugleich eine Liebesgabe an Industrie und Exporthandel und in ihrer volkswirtschaftlichen Wirkung eine Verschleuderung der deutschen Substanz. Die Veröffentlichung der neuen Ausfuhrfreiliste ist im gegenwärtigen Moment unverantwortlich. Durch sie werden infolge der Markverschlechterung den Exporteuren steigende Gewinne zugeschanzt und dem Reiche infolge des Wegfalls der Ausfuhrabgabe hunderte von Milliarden entzogen. Trotz der bereits herabgesetzten Ausfuhrabgaben betrug der Eingang an Ausfuhrabgaben in den Monaten:

Januar	21 332 221 041,02 M.
Februar	42 180 646 607,10 M.
März	43 474 275 861,45 M.

Wie hoch diese Summe im April sich belaufen wird, steht noch nicht fest. Der Ertrag wird zweifellos sehr stark durch die Erweiterung der Freiliste beeinflußt werden und solche Geschäfte, die es nur irgendwie ermöglichten, daß sie hinausgeschoben werden konnten, dürften wohl erst jetzt nach Veröffentlichung der Freiliste ihre Erledigung finden. Alle Waren, die auf der neuen Freiliste stehen, werden automatisch auch ausfuhrabgabefrei. Sie unterliegen keinerlei Preisprüfung mehr. Und das ist des Pudels Kern.

Zum großen Teil waren die Außenhandelsstellen auf die Preisprüfung gut eingespielt. Das mußte selbst ein prominentes Mitglied eines Außenhandelsausschusses zu seinem Leidwesen erfahren. Nun fällt die Preisprüfung. Eine Sicherung besteht nicht, daß, selbst wenn in Edelvaluta fakturiert wird, Erlöse erzielt werden, die eine Verschleuderung deutscher Waren ins Ausland vermeiden. Es ist erwiesen, daß privatwirtschaftlicher Gewinn und volkswirtschaftlicher Substanzverlust in Zeiten der Geldentwertung, die wir durchleben, oft identisch sind. Was wird die Folge davon sein? Die von einem deutschen Dumping betroffenen Staaten errichten mit Hilfe von Zöllen Schutzwälle gegen die Einfuhr deutscher Ware. Um nur ein Beispiel aus der letzten Zeit anzuführen. Holland ist wirtschaftlich wohl das liberalste der uns umgebenden Länder. Das Dumping der deutschen Schuhindustrie, welches geeignet war, die holländische Schuhindustrie zu ruinieren, hat Schutzmaßnahmen der holländischen Regierung ausgelöst. Die Außenhandelsstelle für Lederwirtschaft aber, die das Dumping verhindern könnte, liegt in ihren letzten Zügen.

Vom wirtschaftspolitischen und Außenhandelskontrollausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates wurde bereits Ende März und Anfang April im Prinzip eine Erweiterung der Ausfuhrfreiliste beschlossen. Damals lagen die deutschen Preise bei einem Dollarstand von 20 000 teilweise über den Weltmarktpreisen. Die Voraussetzung für diesen Beschluß war eben der Dollarstand von ca.

Unsere werten Inserenten

machen wir darauf aufmerksam, daß die jeweiligen Anzeigenpreise regelmäßig am Kopf des „Vorwärts" angezeigt sind / Besondere Benachrichtigung bei Preisänderungen erfolgt nicht

VORWÄRTS-VERLAG G.m.b.H.

20 000, von welchem Wirtschaftsministerium und Reichsbank behaupteten, daß sie in der Lage seien, ihn zu halten. Es wäre zum mindesten besser gewesen, man hätte mit dem bisherigen starren System der Ausfuhrabgaben gebrochen und an dessen Stelle ein sich dem Dollar anpassendes gleitendes System zur Anwendung gebracht. Aber wie dem auch sei; nachdem der Kurs der Mark nicht zu halten war, waren jedenfalls die Voraussetzungen für eine Erweiterung der Freiliste gefallen. Demgemäß durfte die erweiterte Freiliste nicht veröffentlicht werden. Das Reichswirtschaftsministerium aber zog eine andere Konsequenz; es desorganisierte eine ganze Anzahl Außenhandelsstellen. Die Reichsbevollmächtigten wurden im unklaren darüber gelassen, ob die erweiterte Liste veröffentlicht wird oder nicht. Das Reichswirtschaftsministerium konnte oder wollte eine Antwort nicht geben. Die Regierungsvertreter, welche zu den Sitzungen der Außenhandelsausschüsse delegiert wurden, wußten nichts. Auf telephonische Anfragen dieser Herren im Ministerium wurde ihnen die Mitteilung, daß die zuständigen Herren nicht zu erreichen sind. Die Reichsbevollmächtigten kündigten inzwischen vorsichtshalber das Personal. In einzelnen Außenhandelsstellen wurden eingehende Anträge überhaupt nicht mehr bearbeitet. Man legte die Eingänge auf den großen Haufen, fragt bei den Antragstellern an, ob sie ihre Anträge erledigt haben wollen oder ob es nicht besser sei, zu warten, bis die große Ausfuhrfreiliste kommt. Die Warenausfuhr, und damit der Erlös an Devisen mußte so in einer Zeit verringert werden, wo man zur Markstützung Devisen am nötigsten brauchte. Und wenn ein Antragsteller denn doch wider Erwarten die Antwort gab, seinen Antrag zu erledigen, dann ging ein Suchen los im großen Haufen. Ein Teil der Reichsbevollmächtigten oder deren Vertreter sind im Nebenamt noch Syndici der wirtschaftlichen Unternehmerverbände. So ist mir aus der letzten Zeit ein Fall bekannt, wo einer dieser Herren zu den bis jetzt innegehabten Vertretungen noch die Vertretung von 16 weiteren zusammengeschlossenen Unternehmergruppen übernahm. Ein materieller Vorteil erwächst dem in Frage kommenden Herrn dadurch nicht; denn was er auf der einen Seite mehr bekommt, wird auf der anderen an seinem Gehalt abgezogen. Aber der Fall ist symptomatisch: Die Ratten verlassen das sinkende Schiff.

Auch die Regelung, den Eingang der Exportdevisen bei der Reichsbank zu sichern, wird sich in der Praxis als unzulänglich erweisen, ganz abgesehen davon, daß die Möglichkeiten, den Exporterlös im Ausland anzulegen, sich ungeheuer erweitert haben. Die Außenhandelsstellen werden, je nach dem ihr bisheriges Tätigkeitsfeld von den Freilisten erfaßt wird, von Schutz- und Kontrollapparaten unserer Wirtschaft zu bloßen mechanischen und bureaukratischen Instrumenten degradiert.

Der Goldbestand der Reichsbank schmilzt nach den Ausweisen immer mehr zusammen, der Reichsfinanzminister grübelt darüber nach, wie er für seine Billionenausgaben Deckung finden und Einnahmen schaffen kann, der Reichswirtschaftsminister entzieht dem Reich mit einem Federstrich hunderte von Milliarden und schanzt dieselben im günstigsten Falle der deutschen Industrie und den deutschen Exporteuren zu. So ungefähr hat man sich die Tätigkeit eines fachmännischen Wirtschaftsministers vorgestellt! Das ganze ist ein Beitrag dazu, wie man sich in gewissen Kreisen die Opfer der Besitzenden denkt.

Hans Kahl, Nowawes.

Auch die zweite preußische Kalianleihe überzeichnet. Nachdem die am 11. Mai eröffnete Zeichnung auf die erste Ausgabe der 5 proz. Preußischen Kaliwertanleihe bereits kurz nach Zeichnungsbeginn infolge der starken Ueberzeichnung geschlossen werden mußte, hat sich nunmehr auch auf die am 22. Mai zur Zeichnung aufgelegte zweite Ausgabe derselben Anleihe eine starke Ueberzeichnung ergeben, sodaß das Bankenkonsortium die Zeichnung auf diese zweite Ausgabe bereits am 24. Mai geschlossen hat.

Eine mehr als 40prozentige Verteuerung der Lebenshaltung im Mai muß jetzt selbst von der Unternehmerpresse zugegeben werden. In der abgelaufenen Woche ist eine abermalige, recht bedeutende Steigerung des allgemeinen Lebenshaltungsaufwandes vollzogen; die für 94 Bedürfnisse des täglichen Lebens berechnete Teuerungsmeßziffer der „Industrie- und Handels-Zeitung" stieg in der Berichtswoche (beginnend mit Sonnabend, den 19., und endend mit Freitag, den 25. Mai) von 3750 auf das 4236fache der Vorkriegszeit, d. h. um 13 Proz. — Gegenüber dem Aprildurchschnitt liegt der Lebenshaltungskosteninder der Berichtswoche um 41,5 Proz. höher, so daß sich im Maidurchschnitt, wenn die Schlußwoche noch weitere Verteuerungen bringt, ein im Vergleich zum Vormonat wieder besonders starker Teuerungsgrad ergibt.

Die Rohstoffteuerung. In der Verteuerung der Rohstoffe nimmt die Eisen- und Stahlindustrie eine führende Stellung ein. Die Preise für Walzeisen sind mit dem 25. Mai erneut um 31 Proz. erhöht worden, so daß das Kilo Stabeisen in Thomasqualität jetzt 1775 M. kostet. Seit dem 11. Mai beträgt die Preissteigerung für Walzeisen 75 Proz.

Devisenkurse. Unserer gestrigen Kurstafel ist noch nachzutragen: 1 finnische Mark 1501,23 Geld, 1508,77 Brief; 100 österreichische Kronen (abgestempelt) 76,45 Geld, 76,85 Brief; 1 tschechische Krone 1615,95 Geld, 1624,05 Brief; 1 ungarische Krone 10,27 Geld, 10,33 Brief; 1 bulgarische Lewa 463,83 Geld, 466,17 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 568,57 Geld, 571,43 Brief; 1 polnische Mark kostete im freien Verkehr etwa 99 Pf.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute abend 6 Uhr äußerst wichtige Funktionärversammlung in folgenden Abteilungen:

24. Abt. bei Möwer, Emanuelkirchstr. 26. — 25. Abt. bei Gott, Knipprode-, Ecke Barnimstraße. — 26. Abt. im Lokal „Zum musikalischen Fuchs", Jostystraße. — 27. Abt. bei Tietsch, Gleimstr. 56. — 28. Abt. bei Büttner, Schwedter Straße 29. — 30. Abt. bei Mahnkopf, Carmen-Sylva-Str. 123. — 29. Abt. bei Burg, Prenzlauer Allee 169. — 31. Abt. bei Goldschmidt, Stolpischestr. 38. Erscheinen aller Funktionäre dringende Pflicht.

121. Abt. Niederschönhausen. Heute, Sonnabend, 5 Uhr, Funktionärsitzung bei Allendt, Friedensplatz.

Treffpunkte für Sonntag, den 27. Mai, zur Internationalen Kundgebung.

6. Abt. Vormittags 9 Uhr bei Dobrohlaw, Swinemünder Str. 11.
8. Abt. 8½ Uhr auf dem Dennewitzplatz. Abmarsch 9 Uhr.
14. Abt. 8½ Uhr bei Dietrich, Swinemünder Str. 36. Gemeinsamer Abmarsch nach der Bötzow-Brauerei.
15. Abt. 9 Uhr bei Odiglo, Stralsunder Str. 11.
19. Abt. 9 Uhr Christiania-Promenade.
48. Abt. Die Funktionäre werden gebeten, die Mitglieder zur Internationalen Kundgebung einzuladen.
101. Abt. Treptow. Treffpunkt zur Kundgebung in der „Neuen Welt" 9 Uhr an der Wiener Brücke, Ecke Lohmühlenstraße.
102. Abt. Baumschulenweg. 8½ Uhr am Bahnhof. Treffpunkt zur Kundgebung in der „Neuen Welt".
103. Abt. Oberschöneweide. Vormittags 8½ Uhr ab Bahnhof Niederschöneweide.
106. Abt. Köpenick. Die Genossen der Kölnischen Vorstadt treffen sich 9 Uhr Bahnhof Spindlersfeld. Die Genossen der übrigen Vorstädte 8½ Uhr Bahnhof Köpenick.

Jungsozialisten, Gruppe Süden. Sonntagfahrt nach Bernau-Biesenthal. Treffpunkt vormittag 7 Uhr am Stettiner Vorortbahnhof.

Fortschritte, Versuche, Exzesse.

Ein Besuch bei der Novembergruppe.

Von John Schikowski.

Vielleicht die einzige segensreiche Folge des Weltkrieges ist die selbständige Entwicklung und Erstarkung der deutschen Kunst. Sie wurde nicht durch das erhöhte „völkische Selbstbewußtsein" während der großen Zeit bewirkt, sondern durch die Grenzsperre und Blockade, die fremde Einflüsse fernhielten und die deutschen Maler und Bildhauer zu dem heilsamen Versuch zwangen, nach eigener Fasson selig zu werden.

Ein Besuch der Großen Berliner Kunstausstellung ist in dieser Hinsicht lehrreich. Zwar wird man in dem konservativen Verein Berliner Künstler vergeblich nach Spuren der neuen Entwicklung suchen, aber in den Sälen der Novembergruppe (24 bis 29) regt und rührt sich allenthalben ein frisches, vorwärtsdrängendes Leben, das selbst da, wo es überschäumt und sich allzu wild und radikal gebärdet, genießbarer ist als die abgeklärte Wassersuppe der Alten. Und da die Jury diesmal offenbar strenger waltete als sonst, so ist ein qualitatives Durchschnittsniveau zustande gekommen, das alle Achtung verdient. Werke wie die tiefbeseelten Gemälde von Max Dungert (Saal 27 Nr. 1149 bis 1152), und Behrens-Hangeler (Saal 27 Nr. 1081 bis 1083) — um zwei bisher weniger bekannte Namen zu nennen — v. Heisters brünstige Farbenorgien (Saal 27 Nr. 1205 bis 1210), bei denen man nach dem versteckten „Gegenständlichen" besser nicht forscht, die feierlichen, trotz aller monumentalen Schlichtheit unendlich fein nuancierten Sinfonien von Hans Braß (Saal 29 Nr. 1104 bis 1106) bedeuten Gipfelpunkte einer Entwicklung, die, bei individuellen Abwandlungen im einzelnen, eine große gemeinsame Linie aufweist: die Tendenz zur Verinnerlichung, zum Schürfen in seelischen Tiefen, zum Ausdruck dessen, was sich nicht sagen, sondern nur dunkel empfinden läßt. Diese Tendenz ist kennzeichnend für das deutsche, oder richtiger für das germanische (und slawische) Kunstschaffen, im Gegensatz zum romanischen, das nach Klarheit der Auffassung und formenreiner Gestaltung strebt. Der Unterschied wird jedem deutlich, wenn man einen Tizian oder Raffael mit Dürer und Rembrandt vergleicht, und er kommt der deutschen Kunst der Gegenwart ganz besonders zugute, weil die heute herrschende Grundauffassung, die sogenannte expressionistische, mehr auf Gefühlsausdruck als auf strenge Formgebung gerichtet ist. Alle Anzeichen deuten schon heute darauf hin, daß der Expressionismus seine letzte Erfüllung in der germanischen und slawischen Kunst finden wird, während die romanische immer mehr zu klassizistischer Strenge erstarrt und zu akademischer Formspielerei verflacht. Der Krieg hatte die französischen und italienischen Einflüsse von der deutschen Kunst ferngehalten. Wo sie sich jetzt bemerkbar machen, da entstehen sofort Brüche und Zwittergebilde. Das zeigen die Arbeiten von Rudolf Möller (Saal 25 Nr. 1286 und 1287), der in der Farbengebung die kühle Klarheit der neuesten Franzosen anstrebt und damit platt dekorativ wirkt, und die Versuche des hochbegabten Karl Völker (Saal 24 Nr. 1387 bis 1390) und Daeringhausen (Saal 24 Nr. 1135), die im Fahrwasser der italienischen Valori-Plastici-Richtung schwimmen und zu einer gekünstelten unwahren Naivität versimpeln. Bei dem kraftvollen Schweizer Wilhelm Schmid (Saal 24 Nr. 1343 bis 1345, dem die italienische Ansteckungsgefahr ebenfalls droht, ist die eigene Persönlichkeit immerhin so stark, daß angeflogene wesensfremde Keime nicht recht zur Entwicklung kommen.

Es muß die wichtigste Aufgabe einer gesunden Kunstpolitik für die nächste Zukunft sein, darauf zu achten, daß die deutsche Entwicklung in ihren natürlichen Bahnen fortschreitet und nicht durch störende äußere Einwirkungen behindert und verfälscht wird. Die Gefahr, solchen Einwirkungen zu unterliegen, droht der Plastik weniger als der Malerei. Aber auch da ist sie nicht ganz ausgeschlossen, wenn sie auch aus anderer Richtung naht. Unseren Jüngsten hat es die neueste Phase der russischen Bildhauerkunst angetan. Zwar wahren Künstler wie Oswald Herzog (Saal 24 Nr. 1212 und Saal 27 Nr. 1211) in den ergreifenden, verträumten Rhythmen tief empfundener Formenmelodik und Rudolf Belling (Saal 26 Nr. 1088) mit seinem wuchtigen, aus schwerem Betongerüst und graziös sich drehenden Spiralen aufgetürmten Monumentalbrunnen unbeirrt die eigene, sichere und bewährte Note, aber eine ziemlich große Schar junger Künstler tummelt sich auf Gebieten, die die Russen urbar zu machen versuchen, deren Ertragfähigkeit aber gegenwärtig noch sehr problematisch erscheint. Allerdings hat der Deutsche Kurt Schwitters mit seiner „Merzkunst" schon seit Jahren ähnliches unternommen, aber außer den Dadaisten ist ihm kaum einer auf dem Wege gefolgt. Die neuesten Versuche, wie sie etwa Erich Buchholz (Saal 25 Nr. 1118) mit seiner aus Klötzen, Tafeln und Stäben konstruierten Holzplastik macht, oder Walther Kampmann (Saal 28 Nr. 1232 bis 1238) mit seinen Bildtafeln, die eine Synthese von Malerei und Materialkonstruktion geben — diese Versuche bleiben vorläufig im Experiment, und zwar im mißglückten, stecken. Eine gegenseitige Befruchtung der russischen und deutschen Kunst erscheint an sich nicht gefährlich, weil beide einander wesensverwandt sind, aber gerade die letzten, extremsten Ausläufer der russischen Kunstentwicklung sind zu solcher Befruchtung ungeeignet, sintemalen Unreifes nicht zeugungsfähig ist. Immerhin handelt es sich hier um Experimente, bei denen ein ernstes Wollen nicht zu verkennen ist. Was soll man aber zu Künsteleien wie dem „Lichtrhythmus" (Saal 28 Nr. 1110) von Nikolaus Braun sagen, dessen elektrisch beleuchtete Farbformen sich wie ein Paternoster-Fahrstuhl in monotoner Bewegung auf und nieder schieben? Das ist kein ernsthafter künstlerischer Versuch, sondern eine alberne, geschmacklose Ausschreitung, die nicht einmal den Vorzug hat, originell oder geistreich zu sein. Denn derartiges haben uns die Dadaisten ulkweise schon öfters vorgemacht. Wenn die Entwicklung diese Bahnen betreten sollte, dann kann man ihr nur ein sehr energisches Halt und Kehrt zurufen. Die Jury der Novembergruppe hätte besser getan, solchen Unfug fernzuhalten, denn er schädigt nicht nur den Gesamteindruck ihrer sonst vortrefflichen Ausstellung, sondern er kann leicht der ganzen modernen Bewegung verhängnisvoll werden, die um Anerkennung bei der großen Masse des deutschen Publikums gegenwärtig noch schwer genug zu kämpfen hat.

Wie die Architektur und die sogenannte angewandte Kunst sich in den Rahmen des neuen Stils einzugliedern sucht, soll demnächst erörtert werden.

Der unzüchtige George Groß. Wie uns der Malik-Verlag mitteilt, ist gestern die von ihm herausgegebene „Ecce-homo"-Mappe von George Groß beschlagnahmt und gegen den Künstler und die betr. Kunstanstalt ein Ermittlungsverfahren wegen Vergehens gegen § 184 des Strafgesetzbuchs durch das Charlottenburger Amtsgericht eingeleitet worden. Als Grund für das Verfahren wird angegeben, daß „ein wesentlicher Teil der Abbildungen das Scham- und Sittlichkeitsgefühl des Beschauers in geschlechtlicher Beziehung verletzt, das gesamte Werk somit einen unzüchtigen Charakter hat und demgemäß der Einziehung unterliegt".

Wir können über die Ecce-homo-Mappe selber kein Urteil abgeben, da das Werk uns bis heute nicht zu Gesicht gekommen ist. George Groß aber ist uns — und allen Kunstfreunden Deutschlands — als ein so ernster Künstler bekannt, daß er über den Verdacht erhaben sein sollte, ein Produzent unzüchtigen Schmutzes zu sein.

Auch sonst ist die Sittlichkeit wieder kräftig auf dem Marsche. Die Maler Godal und Kobbe, deren Werke auf der vorjährigen Juryfreien Ausstellung beschlagnahmt wurden, werden, nachdem die Ablehnung der am Beschlagnahmebeschluß beteiligten Richter gebilligt worden ist, am 29. Mai vor der verändert zusammengesetzten Strafkammer erscheinen. Die Verteidiger haben wieder eine Anzahl Sachverständige laden lassen. Der Reichskunstwart Dr. Redslob hat abgesagt, weil bei den Etatverhandlungen im Hauptausschuß ausdrücklich gefordert worden wäre, daß er sich in solchen Fällen nicht exponiere. Er wäre bereit, auf Ladung durch das Gericht zu erscheinen; dieses aber hat die Ladung abgelehnt, weil es sich selbst für hinreichend sachverständig ansieht. Noch charakteristischer ist ein Brief, den der Leiter der Filmoberprüfstelle, Oberregierungsrat Karl Bulcke, dessen Ladung das Gericht ebenfalls abgelehnt hatte, an den Verteidiger gerichtet hat. Darin heißt es:

„In der gleichen Lage habe ich mich bereits zweimal befunden. Ich habe in diesen beiden Fällen dennoch den Ladungen der Verteidigung stattgegeben. Ich entsinne mich dieser beiden Verhandlungen mit Zorn und Beschämung, da das Gericht nicht im mindesten auf die Ausführungen der Sachverständigen einging, die Gutachten von Persönlichkeiten wie Schleich und Röthe gänzlich außer Betracht ließ und in seinen Entscheidungen einen unbelehrbar kunstfeindlichen Standpunkt zum Ausdruck brachte. Ich möchte mich dieser Beschämung nicht zum drittenmal aussetzen; schließlich habe ich auch als Beamter dafür Sorge zu tragen, daß meiner Person eine solche Beschämung erspart bleibt. Persönlich darf ich versichern, daß ich es sehr bedaure, Ihrer Ladung nicht Folge leisten zu können".

Der ebenfalls auf den 29. Mai anberaumt gewesene Termin gegen Dix ist auf unbestimmte Zeit vertagt.

Neues Volkstheater. Während der Aufführung von Barlachs „Der tote Tag" am Donnerstag erlitt Frau Agnes Straub durch einen Sturz einen Unfall, so daß es ihr nur mit großer Anstrengung möglich war, die Rolle zu Ende zu spielen. Der Arzt hat ihr für längere Zeit Bettruhe verordnet. Die Reihe der Vorstellungen des Barlachschen Stückes muß deshalb unterbrochen werden. Zur Aufführung gelangt nunmehr am 26. und 27. „Die Fahrt nach Orplid", am 28. „Emilia Galotti".

Jugendveranstaltungen.

Werbebezirk Westen. Vorstandssitzung des Werbebezirks im Jugendheim Charlottenburg, Roßnestr. 4, um ½7 Uhr. — **Werbebezirk Niederschöneweide.** Sitzung der Werbebezirksdelegierten im Jugendheim Niederschöneweide, Berliner Straße 21, um 7 Uhr. — **Rosenthaler Vorstadt.** Wanderung nach Strausberg. Treffpunkt Sonntag ½7 Uhr Alexanderplatz, Berolina.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Mieterbund Berlin-Steglitz. Alle organisierten und nichtorganisierten Mieter von Steglitz nehmen am Sonntag, den 27. d. M., an der öffentlichen Demonstration der Berliner Mietervereine im Berliner Lustgarten (10 Uhr vormittags) teil. Sammelplatz der Steglitzer Mieterschaft am 27. Mai um 8¾ Uhr vormittags am Bahnhof Steglitz, Rathausseite. Abfahrt mit dem Wannseebahnzuge um 9.10 Uhr. Sammelplatz der Mieter des Südender Ortsteils um 8¾ Uhr vor dem Bahnhof Südende. Treffpunkt aller Steglitzer und Südender Mieter von 9½ Uhr ab auf dem Dönhoffplatz. Von hieraus um 9¾ Uhr Abmarsch des geschlossenen Zuges nach dem Lustgarten.

Steglitz. Proletarischer Sprechchor für das Waldfest im Grunewald. Erste Uebungsstunde im Jugendheim Kniephof-, Ecke Jeverstraße, am Montag, den 28. Mai, abends 8 Uhr. Einstudiert wird: „Der Tag des Proletariats" von E. Toller. Genossen und Genossinnen, insbesondere Jugendliche, sind herzlich eingeladen.

Proletarisches Kultur-Kartell Berlin-Brandenburg. Beginn der Arbeitsgemeinschaft über „Historischen Materialismus" am Sonnabend, den 2. Juni, abends ½8 Uhr, in der Schule Gipsstr. 23a. Diskussionsunterlage: Bucharin, Historischer Materialismus.

Mieter-Verband, Gau Berlin. Bezirksgruppe Berlin-Mitte. Treffpunkt für die Demonstration am Sonntag vormittag 9½ Uhr Promenade Lothringer Straße.

Gemeinschaft proletarischer Freidenker. Die Mitgliederversammlung findet nicht am Freitag, den 1., sondern Freitag, den 8. Juni, bei Clement Nachf., Püppelstraße 7, statt.

Arbeitersport.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität", Berlin. Touren für Sonntag, den 27. **Mai:** 1. Abt. Blankensee 5 Uhr, Kohlhasenbrück Start 1 Uhr Bülowstraße 58. — 2. Abt. Gröbenersee 5 Uhr, Marienfelde Start 1 Uhr Dieffenbachstraße 36. — 3. Abt. Maiennacht am Tolnitzsee—Kürbiskrug. Start Sonnabend abend 6 Uhr, Sonntag 5 Uhr nach ebenda. Start Lausitzer Platz Kirche. Freitags Spielabend Treptower Wiese. — 4. Abt. Werlsee 6 Uhr. Rahnsdorf Start 1 Uhr Weberwiese. — 5. Abt. Neue Mühle 5 Uhr, Eichwalde Start 1 Uhr Landsberger Platz. — 6. Abt. Freienwalde 5 Uhr, Gorinsee Start 12 Uhr Kopenhagener Straße 26. — 7., 9. und 11. Abt. Samengrund—Tiefensee. Start 5 Uhr Nettelbeckplatz. — 8. Abt. Liepe—Plogeturm 5 Uhr Arminiusplatz, Bernau 12 Uhr Waldstr. 8. — 10. Abt. Gariensee 6 und 12 Uhr. Start Comeniusplatz. — Ortsgruppe Neukölln. Lampiontour zur Maiennacht nach Kürbiskrug. Start Sonnabend 7 Uhr Herzbergplatz. Sonntag 6 Uhr nach ebenda. — Ortsgruppe Weißensee. Maiennacht in Kürbiskrug. Start Sonnabend 5 Uhr, Sonntag nach ebenda 6 Uhr. Start Charlottenburger Str. 24. — Ortsgruppe Lichtenberg. Alt-Münchwinkel. Start 9 Uhr Jungstr. 19. — Ortsgruppe Pankow. Briefelang 6 Uhr. Start Mühlenstr. 12. — Ortsgruppe Oberschöneweide. Neue Spitzmühle. Start 6 Uhr Siemensstraße. — Ortsgruppe Charlottenburg. Rangsdorfer See 7 Uhr, Gatow 1 Uhr. Start Galvanistr. 13. — Achtung, Fahrwarte, Sportausschuß. Dienstag, den 29., Start 7 Uhr Neue Friedrichstr. 1. Erscheinen der Obleute ist Pflicht betreffs Reichsarbeit Sporttag 3. Juni, Start dazu 12½ Uhr an den bekannten Stellen.

Arbeiter-Wassersportverband, Gruppe I. Montag, den 28. d. M., 7½ Uhr, im Lokal von Linsener, Mühlenstraße 58, Sitzung sämtlicher Vereinsschwimmwarte der Vereine Vorwärts, Welle, Freiheit, Union, Freie Schwimmer Norden, Südost. Einleitendes Referat hält Genosse Adolf Buck vom Bundesvorstand über: „Die Aufgaben der Gruppe I im 6. Bezirk." Da zu den Ausschreibungen der Wasserballserienspiele nur von zwei Vereinen Meldungen eingegangen sind, ist das Erscheinen aller Schwimmwarte und Wasserballobleute Pflicht.

Arbeiter-Athleten-Bund. 4. Bezirk. Vorständekonferenz Sonntag, den 27. Mai, vormittags 9 Uhr, bei Borschel, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 82. Alle Bezirksvereine müssen erscheinen. — Leichtathletische Wettkämpfe am 10. Juni auf dem Sportplatz der Freien Turnerschaft Wilmersdorf, Württembergische Straße, Ecke Zähringerstraße, Nähe Fehrbelliner Platz. Meldeschluß verlängert bis 1. Juni. Genaue Ausschreibung in den beiden letzten Athleten-Zeitungen. Alle Kreisvereine vom 4. Kreis (Brandenburg) müssen melden. Meldungen und Startgeld an Walter Leube, Charlottenburg, Kaiser-Friedrich-Straße 77 I.

Für dasselbe Geld
kochen Sie dreimal soviel
=Quieta=
Grün wie Getreidekaffee!

Walhalla-Th. 7,45 Uhr: Die Liebe geht um. Ilsen, Lieber, Zerlik

Casino-Theater 8 U. Die Schlager-Posse 8 U. **Heiraten mußte!**

Central-Theater Tägl. 8 Uhr: **Pottasch u. Perlmutter**

8 U.: **Residenz-Theater** Sommerspielzeit! **Die Entlassung**

Theater des Ostens (Rose-Theater) 7½ Uhr: Eine tolle Sache

Ausbau der Kinderfürsorge durch die Gemeinde von Dr. Selma Schöfer-Auweck. Eine notwendige Schrift für Behörden und Ausschüsse, Lehrer und Erzieher, wie überhaupt für alle, die sich in der Wohlfahrtspflege betätigen. Preis-Grundzahl Mk. 0,15. Buchhandlung Vorwärts Berlin SW. Lindenstr. 3

Die deutsche Marke von Weltruf
Liköre
Carl Mampe
Außerhalb jeden Konzerns

Man beachte
die Süßkraft von Süßstoff

1 H-Briefchen	=	reichlich 1 Pfund Zucker
100 Tabletten	=	etwa 1½ Pfund Zucker
200 „	=	„ 3 „ „
500 „	=	„ 7½ „ „
Eine Tablette	=	„ 1½ Würfel „

Süßstoff ist rein im Geschmack, bequem zu verwenden, bekömmlich und immer noch
sehr billig.
Erhältl. in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen u. Apotheken

Admirals-Varieté 8⁰⁰ das fabelhafte Mai-Programm

LUNA-PARK Ab 3 Uhr voller Betrieb ◆ Feuerwerk

Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Berlin
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter
Richard Arlt Fehlbenstr. 24
am 23. Mai gestorben ist.
Die Einäscherung findet am Montag, den 28. Mai, nachm. 12½ Uhr, im Krematorium Berlin, Gerichtstraße, statt. Rege Beteiligung wird erwartet.
Nachruf.
Unser Kollege, der Dreher
Paul Schwartzbach
ist am 21. Mai gestorben.
Ehre ihrem Andenken!
149/9 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband Verwaltungsstelle Berlin N 54, Linienstraße 83/85.
Geschäftszeit vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr. Telephon: Amt Norden 833 bis 836 und 6592 bis 6595.
Achtung! Achtung!
Sonnabend, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr, im Verbandshaus (Sitzungssaal), Linienstr. 83/85
Branchenversammlung der Bauanschläger.
Tagesordnung: 1. Bericht über die letzten Lohnverhandlungen. 2. Branchenangelegenheiten. 149/10
Das Erscheinen aller Kollegen ist Pflicht.
☞ Die Betriebsräte-Zeitschrift Nr. 10 ist sofort im Bureau, Zimmer 12, abzuholen. Die Ortsverwaltung.

Innungskrankenkasse d. Juweliere, Gold- und Silberschmiede (Zwangsinnung) zu Berlin.
Einladung zur außerordentlichen
Ausschußsitzung
am Sonnabend, den 2. Juni cr., abends 7½ Uhr, im „Graphischen Vereinshaus", Alexandrinenstraße 44.
Tagesordnung: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Satzungsänderungen. 3. Verschiedenes.
Der Vorstand 12/30
Max Rost, Vors. Hugo Hertz, Schriftf.

Theater, Lichtspiele usw.

Opernhaus 7½ Uhr: **Tiefland**

Volksbühne 7½ Uhr: Und d. Licht scheinet in der Finsternis

Urania Theater 8 Uhr: Aegypten und der Nil

Schauspielhaus 7½ Uhr: John Gabriel Borkman

Lessing-Th. Heute bis Mont. 7½: **Wie es euch gefällt**

8 Uhr **Kleines Theater** **Das stärkere Band** Loefle, Sandrock, Kaiser-Titz

Theater i. d. Königgrätz. Str. 8: Der wunderl. Geschicht. II. Teil Kreisl. Eckfenster

Deut. Künstler-Th. Allabendlich 7½ U.: Der Fürst von Pappenheim

Trianon-Th. 8 Uhr: **Walzer** Komödie v. Rutkay

Quittungs-Marken Seit 40 Jahren Spezialität Conrad Müller, Schkeuditz-Leipzig.

Berliner Th. 7.30 U.: **Mädi**

SCALA 8 Uhr: Internat. **Varieté** Sonnt. 3⁰⁰ z. halb. Preis. d. voll. Prog.

Rennen zu Grunewald Sonnabend, den 26. Mai, nachm. 3 Uhr

Deutsch. Opernhaus Abends 7½ Uhr: **Der Troubadour**

Friedr.-Wilhelmst. Th. Tägl. 8 Uhr: **Die blonde Ratte**

Große Volksoper im Theat. d. Westens 8 U.: Die verk. Braut Stg. 2½ bei klein. Preisen **Der Herr Senator**

Intimes Theater 8: Diplomat im Dienst D. blaue Pyjama etc.

Lustspielhaus 8 Uhr: **Die blaue Hawaii**

Metropol-Theater 7¾: Die Schönste der Frauen Vorverk. ununterbr.

Neues Th. am Zoo Täglich 8 Uhr: Der Leibkutscher **des Fridericus Rex**

NeuesVolkstheater 7½ U.: **Der tote Tag**

Renaissance-Theat. 8 Uhr: Kampf der Geschlechter

Schiller-Th. Charl. 8 U.: **Die Journalisten**

Thalia-Theater Täglich 8 Uhr: **Die rot. Katze**

Th. a. Nollendorfpl. Tägl. 7¾ Uhr: **Die schöne Rivalin**

7½ **Wallner-Th.** 7½ Der sensationellste Operettenerfolg! **Des Königs Nachbarin**

WINTERGARTEN Varieté-Spielplan! Rauchen gestattet!

Reichshallen-Th. Allabendl. 7½ Uhr. Sonntag nachm. 3½ halbe Preise **Stettin. Sänger** Dönhoff-Brettl Anf. 7½ U

Theater am Kottbus. Tor Täglich 7½ Uhr **Elite-Sänger** u. a. **Unser Rhein!**

Metropol-Varieté Behrenstr. 54 Das unübertreffliche Mai-Programm **Die Dichterschlacht**

„Groß-Berlin" (h. Kino) Mädchen ohne Ehre vorher 5½: „Raffke, Th. v. Regen gesch.

Berliner Prater Kastanien-Allee 7-9. Täglich: **Die schöne Liselott** Operette in 3 Akten Dazu: Das große **Varieté-Programm**

Die 2 Gilbert-Operetten-Schlager
Komische Oper Täglich 7½ Uhr **Neues Operettentheater**
Der Gauklerkönig | **Katja, die Tänzerin**

NEUE SPIELZEITEN DER UFA-THEATER

	Wochentags:	Sonn- u. Feiertags:
Tauentzienpalast	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
U. T. Kurfürstendamm	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
U. T. Nollendorfplatz	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
Mozartsaal	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
U. T. Alexanderplatz	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
U. T. Weinbergsweg	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
U. T. Schöneberg	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
U. T. Hasenheide	7 und 9 Uhr	5, 7 und 9 Uhr
Ufapalast am Zoo	6 und 9½ Uhr	4, 6 und 9½ Uhr
Kammerlichtspiele	6 und 9½ Uhr	4, 6 und 9½ Uhr
U. T. Friedrichstraße	6 und 9½ Uhr	4, 7½, 9½ u. 9 Uhr

Mai-Kur mit Blutreinigungspulver Saltarin, wirksamste Verjüngung und Auffrischung des Blutes, gegen Blutverdickung, Hautjucken, unreine Haut etc., in Drogerien u. Apoth., sonst bei **Otto Reichel, Berlin 43** SO. Eisenbahnstr. 4

Bad Sachsa
Glanzpunkt des Südharzes

Berliner Juwelen-Verwertungs-Haus
Erna Masuch
Handelsgerichtlich eingetr. Firma
Ankauf von Juwelen, Perlen, Smaragden, Uhren, Gold- und Silberbruch
Lützow 2760 Potsdamer Str. 118

In vierzehn Tagen

sind Sie Nichtraucher, wenn Sie täglich dreimal die Tabletten

„Putsch"

nehmen. Zum mindesten sollten Sie in diesen teueren Zeiten das Rauchen wesentlich einschränken. Zu einer Einschränkungskur genügt eine, zu einer Abgewöhnungskur 3 Schachteln. Mit den bisher bekannten und wirkungslosen Abgewöhnungsmitteln haben Putsch-Tabletten nichts zu tun, das Rauchbedürfnis hört mit Putsch-Tabletten vollständig auf. In allen reichhaltigen Drogerien und Apotheken erhältlich. — Generalvertreter: Clausen & Co., Berlin-Charlottenburg. — Fabrikant: Putsch G. m. b. H., Stuttgart, Urbanstraße 81 c.

Hohen Gewinn
bringt heute alles, was durch „Kleine Anzeigen" im Vorwärts zum Verkauf angeboten wird

Verkäufe

Kredit-Rath. Künstler-Gardinen, Madras, Stores, Bettdecken, Tisch- und Chaiselonguedecken, große Auswahl, aparte Muster, bequeme Teilzahlung. Elsässer Straße 44, I. Oranienburger Tor.

Bekleidung

Versuch macht klug! „Leihhaus" Brunnenstraße 5. Firma achten! Täglich großer Verkauf maßmäßig hergestellter Anzüge, Paletots, Schlüpfer, Cutaways, Hosen. Riesen-Auswahl. Pelzwaren: Schpelze, Sportpelze konkurrenzlos billig! Keine Lombardware.

Leihhaus Friedrichstraße 3 (Hallesches Tor) verkauft elegante Herrenanzüge, Covercoats, Schlüpfer, Gummimäntel, Hosen, Sportpelze, Sehpelze, Katzenjacken, Sealmäntel, Kreuzfüchse, Graufüchse, Blaufüchse, Wölfe zu enorm billigen Preisen. Keine Lombardware.

Garderobe für jedermann. Herren- und Knabenkleidung, Paletots, alles in erstklassigen Stoffen, prima Zutaten, in unserer bekannten, guten Verarbeitung kauft man immer gut und preiswert bei Kleiderprinz, Prinzenstraße 34, Laden.

Auf Teilzahlung liefert Herrengarderobe, Regenmäntel Berliner Kredithaus, Oranienstraße 156.

Teilzahlung. Garderoben für Herren: Anzüge, Schlüpfer, Paletots, Hosen, Burschenanzüge, Einsegnungsanzüge. Für Damen: Kostüme, Mäntel, Kleider, Gummimäntel. Herabgesetzte Preise. Günstige Bedingungen. Grebler, Weinbergsweg 4, Rosenthaler Platz, und Oberschöneweide, Edisonstr. 13.

Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203/204, Ecke Rosenthalerstraße, verkauft bekannt billige Anzüge, Schlüpfer, Covercoats, Paletots, Gummimäntel, Kreuzfüchse, Alaskafüchse, sämtliche Pelzarten, Spottbillige Sommerpreise. Keine Lombardware.

Anzüge 75 000.—, Gummimäntel 85 000.—, Kreuzfüchse 16 000.—, Pelzwaren, Hosen spottbillig. Neumann, Leihhaus, Reinickendorferstraße 105 (Nettelbeckplatz).

Silberwolf, selten schön, prachtvoller Graufuchs, Kreuzfuchs, außerdem eleganter Sealmantel, Sportpelz billig verkäuflich. Goldmann, Alexandrinenstraße 44 II, Ecke Kommandantenstr.

Monatsanzüge, Sommerpaletots zu staunend billigen Preisen. Ruß, Gollmannstraße 25/26, früher Mulackstraße.

Pelzhaus Warschauerstraße 7. Gelegenheitskäufe. Riesenauswahl. Spottpreise.

Möbel

Patentmatratzen, Auflegmatratzen, Chaiselongues, Metallbetten. Walter, Stargarderstraße achtzehn.

Möbel-Lechner, Brunnenstraße 7, offeriert Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, Klubgarnituren, Küchen usw. Große Auswahl. Besuch lohnend. Auf Wunsch Zahlungserleichterung.

Teilzahlung. Schlafzimmer, Speise-, Herrenzimmer, farbige Küchen, Einzelmöbel, Riesenauswahl, bei kleinster Anzahlung und Abzahlung, bis 25 Prozent Rabatt, kostenlose Lagerung, verkauft Möbel-Lohn, Große Frankfurter Straße 58 (5 Minuten vom Alexanderplatz), Badstraße 47—48 (5 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen).

Gelegenheit. Kleiderschrank 55 000.—, Vertiko 21 400.—, Umbaue 62 000.—, Büfett 89 500.—, Trumeaus, Schreibtisch 77 500.—, Waschtoiletten 18 000.—, Flurgarderoben, Speisezimmer, große Auswahl in Einzelstücken, Plüschsofa 39 500.—, Küche 41 500.—, Chaiselongue 44 800.—, Bettstellen verkauft Gottlieb, Rügenerstraße 13, Bahnhof Gesundbrunnen. Versand auch nach außerhalb. Lieferung frei Haus. Bei Kauf Fahrtvergütung.

Metallbetten 30 000.—, Chaiselongues 40 000.—, Patentmatratzen, Polsterauflagen, Kinderbettstelle. Melcke, Augustistraße 23a, Quergebäude.

Musikinstrumente

Pianos preiswert. Klaviermacher Link, Brunnenstraße 35.

Grammophone, elegante Schrankapparate, billigste Gelegenheiten. Zwikers, Charlottenstr. 74/75.

Garten :: Laube :: Balkon

Gartenschlauch, prima, ½ Zoll 4500.—, ¾ Zoll 6000.—. Zubehör billigst. Fateo, Linienstraße 66.

Mauserpistolen, große, mit Holzansteckfutteral, Jagdwaffen aller Art, Prismenfeldstecher, feldgraue 08 usw. bezahlt stets höher wie jede Konkurrenz. Preußner, Neukölln, Teltstr. 11, I.

Mauserpistolen, Bisher bis 1000, mit Kasten zahle 120 000, Jagdgewehre, Prismenfeldstecher, auch feldgraue 08, kauft Kirstein, Linienstraße 50.

Säcke, Segeltuche, Wagenpläne kauft Ahlsch, Kaiserstr. 33a.

Säckereinkauf, Nähgarn. Swinemünderstraße 7. Humboldt 489.

Autozubehör

Zündkerzen, Glühbirnen kauft Rösler, Friedrichsgracht 5—6.

Kugellager, Boschzündkerzen, alte und neue, Automaterial kauft Zeidler, Gartenplatz 5.

Werkzeuge u. Maschinen

Nägel, Maschinenschrauben, Holzschrauben kauft Krause, Wickerstr. 10.

Kugellager kauft höchstzahlend Elbingerstraße 9 (Ringbahnhof Landsberger-allee).

Kugellager, höchstzahlend. Eberstraße 46, Laden. 82/2

Verschiedenes

122 000 Ratsuchende! Vereinigung der Rechtsfreunde: nur Friedrichstraße 127. Anerkannte Prozeßabteilung. 9—7.

Vermietungen

Mietgesuche

Ausgewiesener Rhein. Beamter sucht sofort möbliertes Zimmer mit Morgenkaffee, wenn möglich Zentrum. Angebote unter C. 61, Hauptexped. Vorwärts.

Kaufgesuche

Pianos, gebrauchtes, sucht Orth, Oranienstr. 65 I. Preisangabe. 81/20*

Photoapparate, höchstzahlend. Frank, Blücherstraße 56.

Pianos kauft Karsiol, Dresdenerstraße 54. Moritzplatz 128 43.

Pianos, Flügel, Perserteppiche, Brücken höchste Tagespreise. Pianohaus Herrt, Pallasstraße 9. Kurfürst 8104.

Pistolen, Feldstecher, Fotos höchstzahlend. Rose, Gollnowstr. 16.

Feldstecher, feldgraue, 08, höchstzahlend. Frank, Blücherstraße 56.

Fahrradeinkauf, höchstzahlend. Gitschinerstraße 78.

Briefmarken-Sammlungen, Einzelmarken, Restbestände, gesammelte Tagespost, kauft höchstzahlend Bohr, Besselstraße 20.

Zahngebisse, Zahn bis 5000.—! Platinbruch, Goldsachen, Silbersachen! Stanniolpapier! Quecksilber! Glühstrumpfasche bis 30 000.—! Zinn! Zinngeschirr! kauft Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (auf Hausnummer achten!).

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 20a (gegenüber Manteuffelstraße), kauft Zahngebisse, Platinabfälle, Schmucksachen, Glühstrumpfasche, Quecksilber, sämtliche Metalle. 142/1*

ADS-Zinnschmelze kauft Bleizinn, Geschirrzinn, Weichblei und sämtliche Metalle. Andreasstraße 49.

Säcke, Bindfaden höchstzahlend. Tobias, Ackerstr. 102. 164/9*

Prismengläser, höchstzahlend. Frank, Blücherstraße 56.

Pianos, Flügel kauft zu höchsten Tagespreisen Pianomagazin, Barbarossaplatz 2, Kollendorf 5597.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Tüchtige ältere **Werkzeugdreher** und **Werkzeugmacher** sofort gesucht. **Herbert Lindner** Werkzeugmaschinenfabrik Berlin O 17 Fruchtstraße 57/58.

Tüchtige **Karosserieschlosser und Klempner** sucht für dauernd **Szawe** Reinickendorf Spandauer Weg 2/3.

2 selbständige Fräser auf Universal-Fräsmaschine für mittlere Gußteile, sowie **2 tücht. Werkzeugmacher** zum sofortigen Eintritt **gesucht.** Angebote unter B. 61 an die Hauptexpedition des „Vorwärts" erbeten